

Sorgen im Schlaraffenland

Die Pharma hat Basel reich gemacht – doch nun investieren die Weltunternehmen weniger, und Warnungen verhallen ungehört

DOMINIK FELDGES,
SEBASTIAN BRIELLMANN

Den Veranstaltungen haftet mittlerweile etwas Mediokres an, immer dieselben Gäste, die gleichen Routinen. Wenn ein wichtiges Pharmaunternehmen in Basel eine Investition ankündigt, ist das keine riesige Schlagzeile mehr. Dabei sind die Zahlen neuerlich beeindruckend: Für 500 Millionen Franken baut Roche ein Forschungsgebäude. Der Spatenstich von vergangener Woche ist ein Statement – gerade für den Standort. Aber der wohlstandswürhnte Stadtkanton ist diese Größenordnung gewohnt.

Dennoch sollten gerade die Politiker zuhören, welche Botschaften der Roche-Verwaltungsratspräsident, Severin Schwan, ihnen mit auf den Weg gibt. Es sei ein schöner Tag, natürlich, aber auch einer, «der von Sorgen begleitet» sei. Schwan, bekannt dafür, Klartext zu reden, spielt auf den wachsenden Protektionismus der USA und Chinas an. Beide Länder zwängen Medikamentenhersteller, Teile der Wertschöpfung verstärkt zu ihnen zu verlagern. Für die stark exportabhängige Pharmaindustrie der Schweiz bedeutet dies, dass ihr diese zwei Schlüsselmärkte zunehmend verschlossen bleiben. Was die Welt erlebe, seien «tektonische Verschiebungen».

Die unflexible Schweiz

Was Schwan damit meint: In den vergangenen Jahren erreichten die Schweizer Pharmaexporte immer neue Rekordstände. 2024 betrug das Volumen 114,5 Milliarden Franken, wovon allein 32 Milliarden Franken in die USA gingen. Basel ist mit Abstand der grösste Nutzniesser der florierenden Medikamentenforschung. Mit Roche und Novartis haben dort nicht nur zwei der weltweit zehn grössten Pharmakonzerne ihren Sitz. Auch die Nummer eins in der Auftragsfertigung von Pharmaprodukten, Lonza, ist in der Stadt ansässig. Aus Kosten- und Effizienzüberlegungen lassen Pharmafirmen weltweit ihre Medikamente zunehmend von Lohnherstellern fertigen, und Lonza profitiert davon.

Und in Basel kann man sich die Hände reiben. Dass das womöglich nicht gottgegeben und immerwährend ist: Im Stadtkanton hat man das offensichtlich noch nicht verstanden. Der Roche-CEO Thomas Schinecker hatte jüngst an einer Veranstaltung nicht gerade gedroht, aber er hat doch klar gemacht: «Als globales Unternehmen sind wir geografisch flexibel. Die Schweiz ist es nicht.»



Blick auf das Hauptquartier von Roche. Was der Konzern tut, ist in Basel immer ein Statement.

MANDOGA MEDIA / IMAGO

Denn noch lieber als Klassenkampf zu betreiben, gibt man Geld für eigene Herzensprojekte aus. Man wünscht sich ein Kompetenzzentrum für geschlechterreflektierte Männerarbeit oder Rutschbahnen in den Rhein. Kostspielig wird es, wenn es um Umverteilung geht: Kita-Entlastungen oder Prämienverbilligungen kosten mehr als 100 Millionen. Jedes Jahr.

Auch die Bürgerlichen haben sich an die Dekadenz gewöhnt. Das Parlament spricht mit ihrer Unterstützung etwa 3,4 Millionen, um die Dachbegrünung des total erneuerten Warenhauses Globus zu finanzieren, obwohl das Dach nicht öffentlich zugänglich ist. Ein paar Dutzend Sonnenschirme im öffentlichen Raum haben ein ähnliches Preisschild. Auch zu sich selbst ist man grosszügig. Mitglieder des Grossen Rates gönnen sich seit diesem Jahr – zusätzlich zu den Sitzungsgeldern – neu auch Beiträge für die berufliche Vorsorge (was sonst nur noch im Kanton Zürich der Fall ist).

Bedeutsame Steuerzahler

Eher achselzuckend nimmt man dagegen zur Kenntnis, dass jeder Bau im Kanton finanziell ausartet. 50 Millionen mehr für einen Verwaltungsneubau. 300 Millionen zusätzlich für das Biozentrum und das Forschungsgebäude für Biomedizin auf dem universitären Life-Sciences-Campus. Diese Schlaraffenland-Mentalität lässt sich auch mit Zahlen untermauern. Betrug der baselstädtische Betriebsaufwand vor zehn Jahren noch 3,7 Milliarden Franken, sind heute bereits 5,1 Milliarden budgetiert. 37 Prozent mehr – in nur einer Dekade. Das ist nur möglich, weil auch die Einnahmen im selben Zeitraum drastisch angestiegen sind. Von 3,6 auf 4,8 Milliarden. Und dies, obwohl die Bürgerlichen zwei Steuersenkungspakete durchgesetzt haben.

So lässt sich auch erklären, dass die Verwaltung gemäss einer Studie von Avenir Suisse zwischen 2011 und 2022 massiv gewachsen ist; um 24 Prozent, viermal mehr als die Bevölkerung. Das ist ein stärkerer Anstieg als in jedem anderen Kanton – und ein Ausdruck des «Pharma-Booms», schreiben die Autoren. Wie viel Steuern die Branche, hauptsächlich Novartis und Roche, in Basel-Stadt genau abliefer, geben weder Unternehmen noch Kanton bekannt. Klar ist: Roche, Novartis und Lonza beschäftigen in Basel über 17 000 Personen. Von ihnen arbeiten die wenigsten in der Produktion.

Das Gros ist in der Forschung und Entwicklung, im Marketing sowie in zentralen Konzernfunktionen wie den

Noch halten die Pharmariesen an Basel fest. Aber es bewegt sich etwas. Das Verhältnis kühlte sich ab.

Rechtsdiensten, der Finanz- oder der Steuerabteilung tätig. Das macht die Angestellten zu besonders gut verdienenden Arbeitskräften – und zu bedeutsamen Steuerzahldern. Ihr Beitrag an den Einkommens- und Vermögenssteuern wird nicht erfasst, dürfte aber nicht unbedeutlich sein, wenn bedacht wird, dass die Pharmamitarbeiter für 45 Prozent des Wirtschaftsvolumens verantwortlich sind.

Zu den Steuern, die die Angestellten auf ihren Löhnen bezahlen, gesellen sich Gewinnsteuern. Laut dem Branchenverband Interpharma beträgt das gesamte Steueraufkommen, das die Schweiz der forschenden Pharmaindustrie verdankt, rund 5 Milliarden Franken pro Jahr. 3 Milliarden davon sind Gewinnsteuern. Der Rest sind Lohnsteuern der Beschäftigten. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die beiden Basler Konzerne Roche und Novartis mit ihren Mitarbeitern für den Löwenanteil verantwortlich sind.

Man habe im vergangenen Jahr 0,8 Milliarden Franken an Ertragssteuern in der Schweiz bezahlt, erklärt Novartis auf Anfrage. Roche schlüsselt Steuerzahlungen nicht nach Ländern auf, doch dürfte der Beitrag in der Schweiz jenen von Novartis noch übersteigen. Beide Konzerne verfügen auch über gewichtige Aktivitäten im Kanton Zug. Aber auch so dürfte der Fiskus des Kantons Basel-Stadt wesentlich von den hohen Ertragskraft der beiden Pharmamultis profitieren.

Es wird vortrefflich gelebt

Vor der OECD-Mindeststeuer-Abstimmung hat der Kanton selbst errechnet, dass die betroffenen Unternehmen rund eine halbe Milliarde an Steuern zahlen. Das sind nicht nur Pharmafirmen, aber es ist die Hauptbranche. Roche und Novartis vereinigen den Löwenanteil auf sich. Die Einnahmen von juristischen Personen im Kanton sind zwar schwankend, aber massgeblich dafür verantwortlich, dass Basel-Stadt verlässlich einen Überschuss in dreistelliger Millionenhöhe präsentieren kann. Big Pharma als Inbegriff eines Klumpenrisikos.

In Basel hat man sich angewöhnt, diese Abhängigkeiten positiv umzudeuten, spricht gerne von «Klumpen-Chance». Fakt ist, dass dank der Pharma vortrefflich gelebt wird. 60 Prozent des Aufwands warf man im letzten Jahr für die Bereiche Bildung, Gesundheit und Soziales auf. Man kann sich alles leisten. Gleichzeitig wird sich Basel-Stadt in den nächsten vier Jahren verschulden, doch auf Anfrage sagt das Finanzdepartement, dass diese Zunahme «vertretbar»

und noch «weit entfernt vom Wert der Schuldenbremse» sei. Zudem stünden der Verschuldung auch Vermögenswerte gegenüber. Das ist richtig, aber wahr ist auch: Von der Rating-Agentur S&P, die für Basel-Stadt jeweils ein AAA ausweist, wird die Verschuldung als einziger Punkt negativ bewertet.

In der Politik dominiert jedoch der frivole Leichtsinn. Bei der Bevölkerung scheint sich dieses Gefühl ebenfalls durchgesetzt zu haben. Fast ein Drittel zahlt nicht einen einzigen Steuerfranken. Dabei muss mitbedacht werden, dass die Finanzdirektorin Tanja Soland (SP) keine Freude hat am ausgabefreudigen Parlament. Und immer öfter auch nicht an ihrer Partei. Die öffentlichen Rüffel, doch bitte etwas mehr Vernunft walten zu lassen, haben ihre Wirkung aber meistens verfehlt. Aus dem Departement heisst es nun: «Der strukturelle Überschuss ist abgebaut. Der Regierungsrat wird in den nächsten Jahren Ausgaben stärker priorisieren und effizienter werden müssen.» Wieder so eine Mahnung.

Hohe Defizite drohen

Das dürfte auch an der Ahnung liegen, dass die Pharmamultis künftig weniger in Basel-Stadt investieren. Oder ihre Gewinne, zumindest teilweise, woanders versteuern. An der Grundsteinlegung von Roche gab es dazu nur auffallendes Schweigen. Schwan räumte lediglich ein, dass der Entscheid für den jetzigen Bau des Forschungsgebäudes lange vor der «massiven Veränderung der Rahmenbedingungen» erfolgt sei.

Novartis will sich auf die Frage, welche Investitionen in den nächsten fünf Jahren in Basel geplant seien, nicht äussern. «Haben Sie Verständnis, dass wir diese Art von Ausblick nicht teilen», lässt die Medienstelle ausrichten. Auch bei Lonza gibt man sich zugeknöpft. Vor einem Jahr hatten Firmenverantwortliche noch stolz die Pläne für einen massiven Ausbau des Hauptsitzes präsentiert.

Das klingt zurückhaltender als in der Vergangenheit. Roche hat seit 2014 mindestens 4 Milliarden investiert. Bei Novartis liegen die grossen Investitionen in den Ausbau des Campus zwar schon länger zurück. Das Unternehmen betont indes, viel Geld für die kontinuierliche Erneuerung seiner Forschungstätigkeit in Basel aufgebracht zu haben. Schweizweit habe man in den letzten drei Jahren über 14 Milliarden Franken in Forschung und Entwicklung sowie in Sachanlagen investiert. Im Posten Forschung und Entwicklung sind indes, zu einem grossen Teil, auch laufende Aufwendungen wie Löhne oder Ausgaben für Verbrauchsmaterial enthalten.

In anderen Sphären bewegen sich dagegen die Investitionen im Ausland: Roche und Novartis kündigten diesen Frühling als Reaktion auf den wachsenden Protektionismus und die damit verbundene Androhung von Zöllen milliardenhohen Investitionen in den Ausbau des Geschäfts mit den USA an. Novartis will in den nächsten fünf Jahren 23 Milliarden, Roche sogar 50 Milliarden Dollar ausgeben. Diese Summen sind insofern zu relativieren, als auch laufende Ausgaben für Forschung und Entwicklung in sie mit einfließen.

Noch halten die Pharmariesen an Basel fest. Aber es bewegt sich etwas. Das Verhältnis kühlte sich ab – auch wenn Schwan dem Standort zugutehält, die negativen Folgen der OECD-Mindeststeuer mit einem Massnahmenpaket zumindest abgedämpft zu haben. Euphorische Bekenntnisse oder gar Garantien werden schon lange nicht mehr abgegeben.

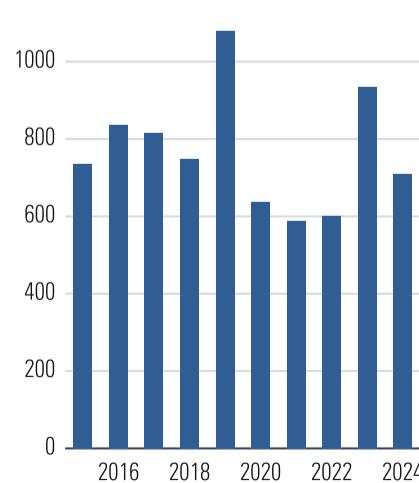
Flössen viele Steuermillionen ab, drohten dem Kanton umgehend hohe Defizite. Angekommen ist diese Botschaft aber nicht. Seit ein paar Tagen wird begeistert über eine Initiative diskutiert, wie die Innenstadt vom öffentlichen Verkehr befreit werden könnte. Die Visualisierung sieht aus wie ein Paradies. Über die Milliardenkosten wird kein Wort verloren. Noch wähnen sich die Basler im Schlaraffenland.

Bürgerliche Dekadenz

Dieses Beispiel zeigt exemplarisch, dass sich im Kanton Basel-Stadt in den letzten zwei Jahrzehnten eine merkwürdige Ambiguität akzentuiert hat. Da Links-Grün dominiert, hat man sich eine wachstumskritische Haltung bewahrt, profitiert jedoch, scheinbar ohne schlechte Gewissen, von den Vorzügen des Kapitalismus. Vor allem dank dem Erfolg der beiden grossen Pharmaunternehmen ist Basel reich geworden in diesem Jahrtausend. Das wissen auch linke Politiker.

So viel Steuern zahlen Unternehmen in Basel-Stadt

Gewinn- und Kapitalsteuern pro Jahr (in Millionen)



Lesebeispiel: 2024 zahlten Unternehmen in Basel-Stadt 711 Millionen an Gewinn- und Kapitalsteuern.

QUELLE: FINANZDEPARTEMENT BASEL-STADT

NZZ / sb

Ces entreprises qui résistent aux surtaxes

GUERRE COMMERCIALE Malgré les barrières douanières de Donald Trump, des sociétés européennes connaissent une croissance sur le marché américain. Mais l'adaptation est plus difficile dans certains secteurs ou selon la taille des groupes

SÉBASTIEN RUCHE

Certaines entreprises européennes exposées aux tarifs douaniers américains ont enregistré une belle croissance aux Etats-Unis au troisième trimestre, alors que les barrières commerciales étaient en place. Hermès, Unilever ou ABB figurent parmi ce groupe, alors que des sociétés comme BMW ou Adidas, qui auraient aussi pu souffrir des tarifs douaniers, ont nettement progressé à la bourse en octobre. Cela signifie-t-il que les surtaxes décrétées par le président Trump n'empêchent pas de faire des affaires? La réalité est plus complexe, avec des situations différentes selon les secteurs d'activité, la taille des entreprises et leur capacité à fixer leurs prix – ce qu'on appelle le «pricing power» en jargon économique.

Les tarifs douaniers touchent différemment les multinationales et les plus petites entreprises, avance Gaël Combes, responsable de la recherche actions pour le groupe Syz: «Les premières ont déjà commencé à régionaliser leurs activités il y a des années, notamment pour des questions de taux de change; elles continuent maintenant à le faire, voire accélèrent le processus, ce qui implique aussi de modifier leurs sources d'approvisionnement.» Mais un tel mouvement est plus compliqué pour les plus petits groupes, s'ils n'ont pas la taille pour le faire et s'ils ne produisent pas des biens à forte valeur ajoutée, détaille le spécialiste genevois.

L'importance du made in...

Le secteur d'activité des entreprises est également déterminant, selon lui. Dans le luxe, par exemple, l'importance du made in... fait que «la base de production ne peut pas être diversifiée; en revanche, les entreprises disposent souvent d'une capacité très importante à fixer leurs prix», observe encore Gaël Combes.

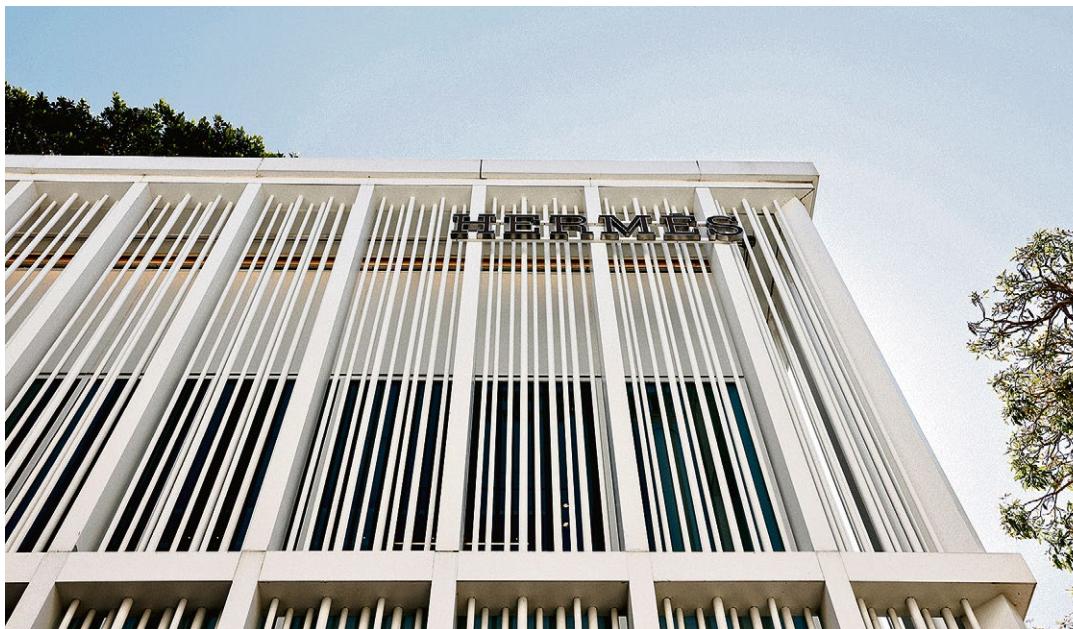
A titre d'exemple, Richemont, davantage impacté que ses concurrents français ou italiens car les produits suisses sont frappés d'une taxe de 39% contre 15% pour les biens européens, «a relevé ses prix

fin septembre aux Etats-Unis mais aussi dans le reste du monde, si bien que les consommateurs non américains vont en quelque sorte subventionner les clients américains», illustre le financier genevois. Il estime à 10% la hausse de prix implantée par Richemont outre-Atlantique au troisième trimestre.

A l'inverse, le secteur automobile allemand est particulièrement touché, avec des tarifs douaniers passés de 2% à 15% sur les véhicules pour passagers. Ces barrières ont ainsi eu un impact négatif de 800 millions d'euros sur le bénéfice au troisième trimestre du groupe Volkswagen, qui prévoit un choc de 2,8 milliards pour l'année. Le constructeur subira probablement une baisse de 50% son bénéfice après impôt en 2025, à cause des tarifs et d'une demande faible, à 6 milliards d'euros; l'impact est donc significatif, relève encore Gaël Combes.

Un constructeur automobile ne peut pas augmenter ses capacités de production du jour au lendemain, mais a besoin au minimum de douze à dix-huit mois, enchaîne Alexis Albert, gérant de portefeuilles actions chez DNCA Finance. «Les acteurs allemands du secteur sont déjà bien implantés aux Etats-Unis depuis le milieu des années 2010, mais accélérer le mouvement signifierait de faire venir aussi davantage de sous-traitants, qui fournissent 60 à 70% des composants d'un véhicule», observe le spécialiste parisien. Avec ses marges brutes limitées et moins de possibilités de répercuter le coût des tarifs douaniers, le secteur automobile est l'un des plus impactés par la situation actuelle, selon lui.

Les valeurs industrielles se situent dans un entre-deux, reprend Gaël Combes, de Syz: «L'impact des tarifs est moindre pour les sociétés qui exportent vers les Etats-Unis des composants à forte valeur ajoutée, qui sont souvent critiques et peuvent difficilement faire l'objet de substitution et doivent être certifiés, par exemple dans la chimie ou l'aéronautique, ce qui leur confère un fort pouvoir d'augmenter leurs prix.» L'intégra-



A l'image du groupe Hermès – ici une de ses boutiques à Miami –, certains groupes européens ont enregistré une hausse de leur chiffre d'affaires aux Etats-Unis malgré les surtaxes douanières. (15 AVRIL 2025/YSA PEREZ/BLOOMBERG VIA GETTY IMAGES)

lité du surcoût lié aux tarifs est ainsi parfois intégralement facturée au client.

La pharma, enfin, évolue dans une situation particulière, car la mise en place de taxes ferait augmenter les prix et compromettre l'approvisionnement – l'inverse de ce que souhaite Donald Trump. «C'est pourquoi il a plutôt eu recours à des menaces, qui ont débouché sur un terrain d'entente, avec des baisses de prix sur des médicaments choisis par les pharmas, et des promesses de leur part d'investir massivement aux Etats-Unis», note encore Gaël Combes.

Peu d'entreprises délocalisent

Même si la pire situation envisagée au printemps 2025 concernant le commerce international a été évitée, le principal impact qui demeure est lié à l'incertitude ambiante, estime Hywel Franklin, responsable des actions européennes chez Mirabaud AM à Londres. «Plus que le niveau des tarifs, c'est le changement de système et la possibilité que les tarifs évoluent encore qui compliquent la vie des entreprises, qui doivent planifier leurs investissements et prendre des décisions.»

Il est selon lui «frappant» que très peu d'entreprises décident de se relocaliser sur le territoire américain ou d'y développer des capacités de production. «Les coûts du travail sont parfois 5 fois plus élevés aux Etats-Unis que dans d'autres pays, donc même avec des tarifs

Concrètement, beaucoup d'entreprises se concentrent actuellement sur leur chaîne d'approvisionnement, poursuit le gérant anglais: «Les patrons privilient l'agilité, ils réfléchissent à la possibilité de privilier des fournisseurs avec une présence globale, qui offrent de la flexibilité.» Cette tendance rejoint celles déjà en cours de «nearshoring» ou de «friendshoring», c'est-à-dire déplacer des capacités de production dans des pays proches ou amis. Avec un avantage pour les sociétés de taille moyenne ou petite, actives sur des marchés de niche, qui peuvent s'adapter plus rapidement que les grands groupes, selon Hywel Franklin.

Et comment évolueront les prix l'an prochain outre-Atlantique? Si la première économie du monde se montre résiliente, les entreprises avec un faible «pricing power» feront tout pour produire le moins cher possible, et/ou en cherchant de nouveaux marchés, par exemple en pivotant vers l'Asie, afin de ne pas perdre de parts de marché, conclut Gaël Combes, de Syz. Les sociétés ayant un fort pouvoir de fixer leurs prix normaliseront leurs tarifs l'an prochain, après la forte augmentation de cette année;

et celles qui se trouvent entre ces deux extrêmes, «si la production aux Etats-Unis se révèle trop coûteuse, elles continueront à privilier le reste du monde».

Mais où? La question du lieu de l'implantation n'est pas aussi évidente qu'elle en a l'air, reprend Alexis Albert, de DNCA Finance: «Dans un premier temps, on pensait que s'établir au Mexique, au Canada ou aux Etats-Unis reviendrait un peu au même, mais par la suite certaines jurisdictions qui ne sont pas membres de l'accord de libre-échange nord-américain qui lie ces trois pays ont obtenu des conditions plus favorables; cela explique par exemple qu'un constructeur comme Stellantis, très actif au Mexique et au Canada, soit dans une moins bonne position que ses concurrents japonais, dont le pays s'est engagé à investir massivement aux Etats-Unis.»

Là encore, les entreprises restent prudentes avant de développer leurs activités dans d'autres pays, même si elles avaient déjà créé des usines en Thaïlande ou au Vietnam pour anticiper un renforcement du protectionnisme américain vis-à-vis de la Chine, car Donald Trump a finalement imposé des surtaxes tous azimuts et d'autres ne sont pas exclues, conclut le spécialiste parisien.

Qui finira par payer?

En tant qu'investisseur, Alexis Albert priviliege les entreprises avec des capacités de production locales leur permettant de répondre à la demande locale – par exemple dans le ciment, où les acteurs produisent là où ils vendent.

L'incertitude plane aussi sur l'évolution des marges des entreprises, conclut Hywel Franklin, de Mirabaud AM: «On ignore encore qui va vraiment payer l'addition, pour le moment, on estime qu'environ 50% des tarifs douaniers ont été répercutés dans les prix des biens et ce processus n'est pas terminé, d'autant plus que Donald Trump peut encore prendre de nouvelles décisions.» Reste que selon lui, la visibilité s'est améliorée pour 2026 et les entreprises se montrent plus optimistes pour l'avenir. ■

Le «shutdown» s'éternise et plonge les Etats-Unis dans la crise

BUDGET Après 38 jours de fermeture partielle du gouvernement, le pays peine à fonctionner correctement. Quarante des plus grands aéroports tournent désormais au ralenti, tandis que l'administration refuse de financer les bons alimentaires vitaux à 40 millions de ses citoyens

BORIS BUSSLINGER, WASHINGTON

En raison du *shutdown*, et pour garantir la sécurité des passagers, l'administration américaine annonçait cette semaine la réduction progressive de 10% du trafic (4% dès ce vendredi) au sein des 40 plus grands aéroports du pays. La décision, expliquent les autorités, est nécessaire en raison de la multiplication des congés maladie et absences des contrôleurs aériens – des employés fédéraux – qui ont désormais raté deux salaires depuis le début du mois d'octobre. Pendant ce temps, la fronde grandit aux Etats-Unis, notamment de la part des faîtières économiques, qui appellent à un accord immédiat des deux partis gouvernementaux, tandis que des dizaines de milliers d'entreprises tirent la sonnette

d'alarme. Malgré deux décisions de justice l'intimant à poursuivre les paiements nécessaires à la distribution de bons alimentaires, l'administration Trump, qui argumente qu'elle ne peut pas payer à cause du *shutdown*, a également annoncé faire à nouveau recours – compromettant la subsistance d'environ 40 millions d'Américains. Un accord budgétaire au Congrès ne semble cependant toujours pas en vue.

Sécurité et moyens de subsistance du peuple américain en danger

Qui vit aux Etats-Unis – 4000 kilomètres de long entre New York et Los Angeles, 2000 kilomètres de large du nord au sud – constate que les Américains, qui ont souvent de la famille ou des amis un peu partout dans le pays, prennent beaucoup l'avion. Le citoyen moyen embarque sur deux à trois vols allers-retours chaque année; toutefois environ 10% de la population (près de 40 millions de personnes) fait partie de la catégorie *frequent flyers* («voyageurs fréquents»), qui prend l'avion chaque mois, voire plusieurs fois par semaine.

L'économie américaine étant avant tout tournée sur elle-même, le transport aérien constitue par ailleurs la colonne vertébrale des échanges dans le pays. Et la Chambre de commerce américaine commence à voir rouge.

«Les fermetures du gouvernement sont toujours contre-productives»

SUZANNE CLARK, DIRECTRICE DE LA CHAMBRE DE COMMERCE AMÉRICAINE

«Assez! Les fermetures du gouvernement sont toujours contre-productives, imposant de lourdes charges aux employés fédéraux et aux sous-traitants, ainsi qu'aux entreprises et aux citoyens qui dépendent des services fournis par le gouvernement», déclarait jeudi sa présidente et directrice générale, Suzanne Clark, dans une lettre adressée aux membres du Congrès. «Le

shutdown met désormais en danger la sécurité et les moyens de subsistance du peuple américain. Chaque jour où le gouvernement fédéral reste fermé, le risque d'une catastrophe augmente.» La mise en garde intervient alors qu'un baromètre de l'Université du Michigan publié ce vendredi constate que le moral des consommateurs américains est au plus bas depuis trois ans. Mais l'administration ne veut rien savoir.

«Le panier de Thanksgiving est 25% moins cher que sous Biden»

Dans une interview parue sur CBS il y a quelques jours, la première depuis 2020 (Donald Trump avait quitté le plateau avant la fin des échanges), le président a certifié qu'il avait «réglé l'inflation». Un rapport vient pourtant d'établir que celle-ci avait augmenté de manière nette depuis janvier, pour s'établir à environ 3%. «Le panier de Thanksgiving est 25% moins cher que sous Biden», a contre-attaqué le président américain ce dernier jeudi. Sans préciser que l'exemple mis en avant en 2025 contenait 15 produits – six de moins qu'en 2024. Donald Trump continue par

ailleurs de rejeter la faute du *shutdown* sur les démocrates, qui s'opposent à un accord sur le budget avec leurs homologues républicains tant que les coupes dans la santé décidées durant l'été ne sont pas renégociées.

Or, les disciples de Chuck Schumer (chef des démocrates au Sénat) ont prévenu qu'ils poursuivraient leur opposition. Et tant que le président n'est pas d'accord de faire un pas dans leur direction, les membres de son parti ne le feront pas non plus. Ergo: rien ne bouge. Au point qu'outre le prix du panier de Thanksgiving, les Américains commencent à se demander s'ils pourront rejoindre les leurs le 27 novembre. Secrétaire au Transport américain, Sean Duffy a en effet annoncé que si le blocage perdurait, il n'excluait pas de devoir «fermer une partie de l'espace aérien».

Dès lundi, le *shutdown* affectera également le secteur spatial, étant donné que les lancements de fusées seront cantonnés aux heures nocturnes pour éviter davantage de dérangement dans le ciel américain. La NASA et SpaceX pourraient devoir annuler plusieurs décollages prévus la semaine prochaine. ■

Les employés de 60 ans et plus se font rares dans les bureaux romands

Marché du travail Un récent livre blanc et une enquête montrent la réalité du recrutement des seniors: une entreprise sur trois n'en emploie aucun. Le patronat conteste ce sombre verdict.

Pierre-Alexandre Sallier

Faites le test, en parcourant un open space. Les collaborateurs plus âgés, près de la soixantaine, paraissent plutôt rares. En tout cas bien plus que les seniors croisés, par exemple, dans une gare. Certains sont montés d'un étage, à la direction. Beaucoup ne sont plus là, déjà en préretraite.

Récemment publié, le livre blanc sur les seniors en entreprise* dirigé par Costantino Serafini, responsable romand du programme AvantAge chez Pro Senectute, donne la mesure de cette réalité silencieuse. En Suisse romande, sur plus de 400 sociétés – avant tout des PME – interrogées l'an dernier par MIS Trend, deux entreprises sur dix ne comptaient aucun travailleur de plus de 55 ans. Dans plus de la moitié, il n'y a qu'une seule personne ayant atteint la soixantaine. Et

aucune dans le tiers d'entre elles.

Discrimination liée à l'âge

Cette situation est aux antipodes de l'évolution démographique – en Suisse, le quart de la main-d'œuvre a plus de 55 ans. Et les choses évoluent peu.

Publiée il y a dix jours, une autre enquête, menée par Von Rundstedt et HR Today, affirme que plus des trois quarts des 1500 responsables RH et dirigeants interrogés observent «une discrimination générale liée à l'âge». Et pointe une contradiction totale avec leurs attentes. Près de sept DRH sur dix souhaitent que le recrutement cible les seniors. Dans la pratique, deux entreprises sur dix le font. Les auteurs de l'étude disent «avoir été frappés de constater à quel point la réalité de la gestion des ressources humaines s'éloigne des discours».

«Dans tout ce qui a trait au commercial, au marketing ou à l'IT, l'impératif est «Ces métiers du tertiaire deviennent les métiers physiques d'autrefois – les

confirme Anne Donou, responsable en Suisse romande de Von Rundstedt.

Ces secteurs industriels ont besoin «d'expérience» pour encadrer leurs équipes. «À l'inverse, dans tout ce qui a trait au commercial, au marketing ou à l'IT, l'impératif est mis sur la performance immédiate», ajoute la responsable en Suisse romande de ce réseau d'agences de conseil en ressources humaines. «Ces métiers du tertiaire deviennent les métiers physiques d'autrefois – les moins propices aux collaborateurs prenant de l'âge», constate Anne Donou.

«Le senior se trouve dans une réalité professionnelle bien spécifique: il a souvent «gradé», avec des responsabilités accrues qui nécessitent l'acquisition continue de nouvelles compétences, et ses objectifs ont évolué parallèlement, pour atteindre des niveaux qui ne sont pas forcément adaptés, note de son côté Costantino

Serafini. Parfois il se dit qu'il souhaiterait réduire son temps de travail, qu'il n'a plus besoin de gagner autant qu'auparavant. Mais la pression est permanente. «Tout aveu de faiblesse

serait rédhibitoire.» Et «il sait qu'on ne lui fera pas de cadeau s'il devait perdre son poste – conscient du chemin de croix qui l'attend pour retrouver un emploi», poursuit le spécialiste.

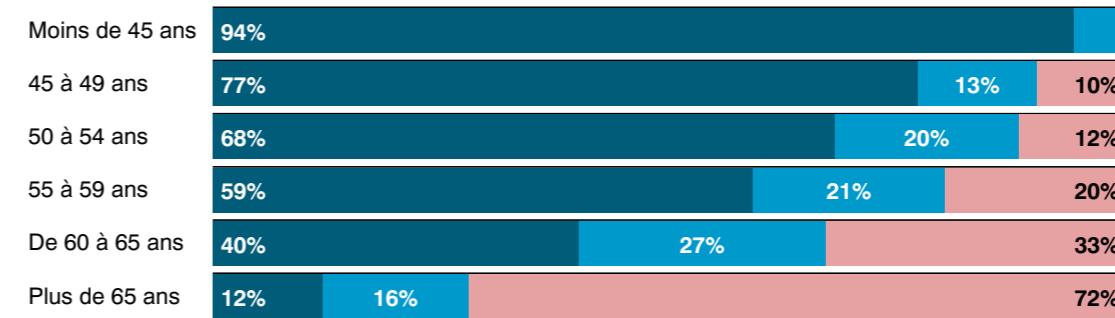
Reste l'obstacle du salaire trop élevé, fruit de strates d'augmentations accumulées au fil d'années de travail. Sauf qu'au moment de l'embauche, «le recruteur a, de toute façon, déjà un

Les seniors en entreprise

Structure en âge des collaborateurs

Au sein de votre entreprise, employez-vous actuellement des collaborateurs de...

■ Plusieurs collaborateurs ■ Un collaborateur ■ Aucun



Enquête réalisée auprès de 433 entreprises romandes de 10 employés et plus, en mai 2024

Graphique: I. Caudullo / Source: Enquête Pro Senectute - AvantAge réalisée par MIS Trend

budget défini pour le poste. Il ne raisonne donc pas en termes de coût, assure Anne Donou. Le salaire représente un handicap lors des restructurations, c'est à ce moment que les directions économisent tout ce qu'elles peuvent.»

«Dans la région, la majorité de chefs d'entreprise est à la tête d'une PME et n'a bien souvent pas de DRH – ils s'occupent eux-mêmes du recrutement et regardent les coûts de très près», riposte Marco Taddei. En remarquant qu'à la rémunération versée s'ajoutent des cotisations au 2^e pilier qui atteignent désormais 18% du salaire pour les seniors, contre 9% pour une jeune recrue. «Mais, oui, à ces facteurs très rationnels s'ajoutent une série de stéréotypes, que nous combattons», ajoute le représentant de l'association patronale.

Les défauts les plus ressassés? Les vétérans des bureaux créeraient davantage de conflits – «marre de ces réunions inutiles», seraient moins productifs, dépassés par les nouvelles tendances. Stéréotypes d'un autre âge, répond Costantino Serafini. «Rien à voir avec ceux qui approchaient de l'âge de la retraite il y a deux décennies. Ils sont bien plus flexibles, pour une bonne raison... Ils ont traversé toutes les restructurations durant leur carrière», observe-t-il.

Stop au filtre de l'âge

Gestion de carrière durant les dix dernières années d'emploi, réduction progressive des horaires, retraite à la carte: spécialistes et autorités échafaudent depuis longtemps des mesures pour favoriser le recrutement des seniors. Souvent en vain. Selon Von Rundstedt, dans une majorité d'entreprises, un changement de fonction est possible au maximum jusqu'à 55 ans. «Il y a un manque criant de gestion de ces employés – on pense *groupe à protéger*, rarement *ressources à activer*», résume Anne Donou.

«On devra probablement passer par des quotas – ou des incitations – en faveur de l'âge, comme on l'a fait pour les femmes dans les conseils d'administration», souffle la spécialiste. Ce qui passe parfois par des mesures symboliques pour les seniors. «Commençons par supprimer le filtre de l'âge dans les algorithmes des *tracking systems*, ces applications qui permettent le filtrage informatisé des candidatures.

* «Les seniors en entreprise: plus que jamais indispensables!» C. Serafini, AvantAge, Éd. Favre, 2025, 191p.

Comment inciter les gens à travailler au-delà de l'âge de 65 ans pour combler le manque de main-d'œuvre? En leur faisant un joli petit cadeau, à savoir une exonération de l'impôt fédéral direct (IFD). Voilà la dernière proposition en date qui émane du parlement. Elle a été déposée récemment par le conseiller aux États UDC Pirmin Schwander.

Le Schwytzois ne voit que des avantages à ce cadeau. «Aujourd'hui déjà, de nombreuses personnes souhaitent exercer une activité lucrative même après l'âge de la retraite. Ces travailleurs font profiter l'économie de leurs longues années d'expérience et peuvent, en plus de maintenir des liens sociaux, améliorer leurs revenus», explique-t-il. Et pour la collectivité, c'est tout bénéfice puisque ces personnes continuent de payer un impôt communal et cantonal sur le revenu.

Faut-il exonérer de l'impôt fédéral les seniors qui travaillent?

Après 65 ans Les propositions de cadeaux financiers se multiplient pour inciter les personnes à travailler au-delà de l'âge normal de la retraite.

Tout bénéfice pour la collectivité? Pas vraiment, si on en croit le Conseil fédéral. Celui-ci, lors d'une demande similaire formulée au Conseil national, avait descendu en flammes cette proposition. Pourquoi? Parce que cela diminuerait les recettes de la Confédération, déjà à la peine pour équilibrer son budget.

Quand on demande à l'Administration fiscale des contributions (AFC) combien de personnes travaillent actuellement après 65 ans et paient l'IFD, on n'obtient aucune réponse. «Nous n'avons pas enregistré l'âge des contribuables dans nos données. Nous savons uniquement si un membre du ménage perçoit une rente», nous répond Adrian Grob, porte-parole de l'AFC.

Des mesures incitatives

Au-delà des chiffres, le Conseil fédéral estime de toute façon que c'est une mauvaise idée car elle

instaure une discrimination entre travailleurs. «Un tel allégement se traduirait par une inégalité de traitement par rapport aux autres personnes actives et ne se fonderait sur aucune base constitutionnelle existante», écrit-il. Donc, il recommande au parlement de jeter cette mesure à la poubelle.

Cela ne veut pas dire que le Conseil fédéral ne veut rien faire. Elisabeth Baume-Schneider a annoncé qu'elle présenterait d'ici à fin décembre des mesures pour inciter les seniors à rester dans le circuit de l'économie après 65 ans (et aussi à pénaliser ceux qui prennent une retraite anticipée). Cela se fera dans le cadre de la grande réforme AVS 2030. Une de ces mesures pourrait consister à augmenter la franchise AVS pour les retraités. Qu'est-ce que c'est? Actuellement, les personnes de plus de 65 ans qui travaillent ne doivent

pas payer de cotisations AVS si leur revenu ne dépasse pas 16'800 francs par an. Le Conseil des États a adopté en juin une proposition de sa commission sociale, avec la bénédiction du Conseil fédéral, pour augmenter cette franchise à 21'800 francs par an.

Une autre idée forte pour inciter les gens à travailler plus longtemps est d'augmenter le supplément de rente en cas d'ajournement de la rente.

Aujourd'hui, vous touchez une rente AVS augmentée de 5,2% à vie si vous attendez 66 ans pour toucher votre première rente. Cela va jusqu'à 31,5% si vous attendez jusqu'à 70 ans. La réforme pourrait encore augmenter ces pourcentages.

En attendant de voir ce que le Conseil fédéral va proposer, rappelons qu'il existe déjà plusieurs carottes pour récompenser ceux qui prolongent le travail au-delà de 65 ans. Dans l'AVS, les cotisations au-delà de 65 ans permettent de recalculer sa rente.

«Ce recalcul peut être demandé une seule fois et permet d'augmenter la rente, dans la limite du montant maximal prévu par la loi (actuellement 2520 francs par mois), et de combler des lacunes de cotisation», relève Sabrina Gasser, porte-parole à l'Office fédéral des assurances sociales.

Dans le 2^e pilier, un principe similaire s'applique. Vous pouvez augmenter la cagnotte de votre prévoyance professionnelle en travaillant (et en cotisant) plus longtemps. Mais pas au-delà de 70 ans. Même limite d'âge pour les cotisations dans le 3^e pilier. Si vous travaillez plus longtemps, cela vous permettra, en tant que salarié, de déduire fiscalement jusqu'à 7258 francs par an (chiffres 2025).

Arthur Grosjean



«Ces travailleurs font profiter l'économie de leur expérience et peuvent améliorer leurs revenus»

Pirmin Schwander
Conseiller aux États (UDC/SZ)

«Traditionelle Frauenberufe haben am wenigsten von Lohnerhöhungen profitiert»

Umfrage offenbart Lohnschere In den letzten drei Jahren durften sich drei Viertel der Gutverdiener über noch mehr Lohn freuen – 38 Prozent der Geringverdiener gingen leer aus. Das bekommen vor allem Frauen zu spüren.



Die Reallöhne haben deutlich an Kaufkraft verloren – das führt bei zwei von drei Arbeitnehmenden zu finanziellen Problemen.

Foto: Getty Images

Trotz Tourismusboom wenige Lohnerhöhungen im Gastgewerbe

Frage: Wurde Ihr Lohn in den letzten drei Jahren erhöht? Antworten in Prozent

■ Ja ■ Weiss nicht ■ Nein



* darunter fallen alle freiberuflichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen

Grafik: bit / Quelle: Berner Fachhochschule (BFH)

Benjamin Bitoun

Teure Mieten, hohe Lebensmittelpreise und steigende Krankenkassenprämien: Die Lebenshaltungskosten in der Schweiz drücken vielen aufs Portemonnaie. Umso mehr, weil in vielen Fällen die Löhne nicht mit den steigenden Kosten Schritt halten.

Jeder dritte Arbeitnehmer hat in den letzten drei Jahren keine Lohnerhöhung erhalten. Das zeigt eine Umfrage, welche die Berner Fachhochschule (BFH) im Auftrag des Arbeitnehmenden-Dachverbands Travailsuisse durchgeführt hat. Für die Umfrage befragte die BFH 1422 Personen in der ganzen Schweiz. Sie gilt als repräsentativ.

Auffällig an den Resultaten: Besonders häufig gingen Arbeitnehmende in den mittleren oder

tiefen Lohnklassen von unter 78'000 Franken leer aus. 38 Prozent von ihnen erhielten in den vergangenen Jahren keine Gehaltserhöhung. Hingegen konnten sich 77 Prozent der Gut- und Besserverdienenden über einen Lohnsprung freuen.

Für zwei von drei Arbeitnehmenden führt der stagnierende Lohn zu finanziellen Problemen – auch deshalb, weil die Reallohn in der Schweiz infolge der Teuerung in den letzten Jahren deutlich an Kaufkraft eingebüßt haben. Wahr ist die Teuerung mittlerweile wieder unter Kontrolle. Wird jedoch der Anstieg bei den berücksichtigt, dann ist heute ein Monatslohn noch immer weniger wert als 2022.

In der Folge haben gemäss Umfrage 42 Prozent ihre Ausgaben reduziert. Knapp 9 Prozent verlangten wegen der gestiege-

nen Lebenshaltungskosten eine Lohnerhöhung, in anderen Fällen wurde das eigene Arbeitspensum aufgestockt oder aber das der Partnerin oder des Partners.

Gewerkschaften fordern Lohnerhöhung für alle

Dass Arbeitnehmende mit höheren Gehältern häufiger eine Lohnerhöhung erhalten haben als jene mit eher tieferen Einkommen, sei «höchst problematisch», sagt Thomas Bauer, Leiter Wirtschaftspolitik beim Arbeitnehmenden-Dachverband Travailsuisse. «Dadurch hat sich die Lohnschere in der Schweiz vermutlich weiter geöffnet.»

Noch frappanter ist der Unterschied bei den Gehaltsanpassungen je nach Branche: Die meisten Lohnerhöhungen gab es in der Autobranche (84 Prozent), gefolgt von der Sparte Verkehr und

Lagerei (77 Prozent), der öffentlichen Verwaltung (74 Prozent) und dem Baugewerbe (72 Prozent).

Zu den Schlusslichtern in Sachen Lohnanpassungen zählen dagegen der Detailhandel, das Gesundheits- und Sozialwesen sowie das Gastgewerbe.

«Traditionelle Frauenberufe haben am wenigsten von Lohnerhöhungen profitiert», sagt Tobias Fritschi, Leiter des Instituts für Soziale Sicherheit und Sozialpolitik an der BFH und Verantwortlicher der Umfrage. Nachdem die Frauenlöhne laut Zahlen des Bundesamts für Statistik zuletzt stärker gestiegen sind als die Männerlöhne, sieht Fritschi darin ein Indiz, dass das Pendel in Sachen Gleichstellung nun zurückschläge.

Travailsuisse sieht sich durch die Umfrageergebnisse bestätigt.

Insbesondere wegen der steigenden Gesundheitskosten fordern die Gewerkschaften in der aktuellen Lohnrunde eine Lohnerhöhung von 2 bis 2,5 Prozent – und zwar für alle. Chefökonom Bauer sagt: «Dass trotz der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten lediglich 9 Prozent von sich aus eine Lohnerhöhung verlangten, zeigt, dass individuelle Lohnverhandlungen in der Schweiz kaum existieren.»

Er verweist auf das Gesundheitswesen, wo sich die Löhne trotz des Fachkräftemangels und der Annahme der Pflegeinitiative kaum nach oben bewegt hätten. In der Pflege gebe es vielerorts keine positive Lohnentwicklung, sagt Bauer. Die Spitäler hätten nach der Pandemie zwar teilweise die Gehälter der Spezia-

Umfrage zur Lohnschere

listen in der Intensivpflege erhöht. Doch für reale Lohnerhöhungen würden viele nicht Handbieten. «Im Jura haben Spitäler angestellte in den letzten 3 Jahren 3,5 Prozent Lohn verloren – einfach, weil der Kanton kein Geld zur Verfügung stellt.»

Arbeitgeberverband stellt sich quer

Mehr Lohn für alle, unabhängig von Betrieb und Branche, wegen der gestiegenen Gesundheitskosten: Beim Arbeitgeberverband kommt diese Forderung nicht gut an. «Entscheidend für eine Lohnanpassung sollten Leistung, Einsatz, Verantwortung und Kompetenz sein, nicht wer am lautesten eine Lohnerhöhung verlangt», sagt Chefökonom Patrick Chuard-Keller.

Für den Arbeitgeberverband ist klar: «In der derzeitigen Wirt-

schaftslage sind keine entsprechenden Margen vorhanden, um den Lohnforderungen der Gewerkschaften nachzukommen.»

Der Verband warnt davor, die steigenden Gesundheitskosten mit den Löhnen zu verknüpfen. Zwar sei gerade der Anstieg bei den Krankenkassenprämien gross, sagt Patrick Chuard-Keller. Das habe aber massgeblich damit zu tun, dass die Gesellschaft mehr Gesundheitsleistungen in Anspruch nehme – ein Problem, das durch die Politik zu adressieren sei und nicht durch die Arbeitgeber. «Es ist widersin-

nig, dass dieses Problem einfach durch höhere Löhne gelöst werden soll.»

Für Michael Siegenthaler, Leiter des Bereichs Arbeitsmarkt beim KOF-Institut der ETH Zürich, ist das Thema indes noch nicht vom Tisch. Er sagt: Dass trotz der steigenden Lebenshaltungs- und Gesundheitskosten nicht mehr Angestellte von sich aus auf eine Lohnerhöhung drängten, sei erstaunlich. Gerade weil sich die Löhne trotz Fachkräftemangel und Inflation in den letzten Jahren nur schwach entwickelt hätten. «Es besteht

Weniger Lohnerhöhungen für Geringverdiener

Frage: Wurde Ihr Lohn in den letzten drei Jahren erhöht?

Antworten in %

■ Ja ■ Weiss nicht ■ Nein



Grafik: bit / Quelle: Berner Fachhochschule (BFH)

noch immer Bedarf, die Inflation der letzten Jahre auszugleichen.»

Banken und Pharma in eigener Lohnsphäre

Über alle Berufe hinweg hält das KOF einen Lohnanstieg um 1 bis 1,5 Prozent für das laufende Jahr für realistisch. 2026 dürften die Löhne laut der jüngsten UBS-Lohnumfrage jedoch kaum noch wachsen: Die Bank geht von einem Reallohnwachstum von lediglich 0,5 Prozent aus.

Was die Befürchtung von Travailsuisse angeht, dass durch die ungleich verteilten Lohnerhöhungen Menschen mit tieferen Gehältern den Anschluss verlieren, gibt KOF-Experte Siegenthaler jedoch Entwarnung: Zahlen aus dem Jahr 2022 zeigten, dass die Lohnschere in der Schweiz in den letzten 30 Jahren nicht systematisch auseinandergegangen sei – mit einer gewichtigen Ausnahme: «Die höchsten 5 Prozent der Löhne sind davongezogen.» Dies mitunter aufgrund der Boni, die in der Finanz- und der Pharma-branche bezahlt würden.

Die Reichen sind unentbehrliche Steuerzahler

Der Schweizer Staat schont die Vermögenden nicht – ohne sie müsste der Mittelstand viel mehr Steuern zahlen

MATTHIAS BENZ

Die Linken wollen die Reichen stärker zur Kasse bitten. Prominenter Ausdruck davon ist die Juso-Erb-schaftssteuer-Initiative, über die am 30. November abgestimmt wird. Auf Vermögensteile von mehr als 50 Millionen Franken soll eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent fällig werden.

Auch sonst erscheinen die Reichen als lohnendes Ziel, um den Staat zu finanzieren. Die SP hat gerade eine neue Volksinitiative lanciert, die verlangt, dass vermögende Haushalte die Krankenkassenprämien der grossen Mehrheit subventionieren sollen. Der Kreis der «Reichen» ist hier breit gefasst: Die

Erbschaftssteuerinitiative

Eidgenössische Abstimmung vom 30. November 2025

obersten 15 Prozent der Einkommensbezieher sollen zahlen, der Rest der Bevölkerung würde profitieren.

Die Linke agiert unter dem Motto «eat the rich» («esst die Reichen») – so haben es die Juso auf Socken als Accessoire zum Abstimmungskampf festgehalten. Diese Weltsicht verkennt, dass die Reichen bereits jetzt einen grossen Teil des Staates finanzieren. Dies zeigt ein Blick in die Steuerstatistiken.

Die wichtigste Einnahmequelle des Schweizer Staates ist die Einkommenssteuer. Sie brachte Bund, Kantonen und Gemeinden im Jahr 2023 rund 67 Milliarden Franken ein. Das reichste Prozent aller Haushalte zahlt fast ein Viertel dieser Einkommenssteuern. Das zeigt der Verteilungsradar des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP), in dem offizielle Steuerdaten ausgewertet werden.

Der Begriff des Top-1-Prozents geht zurück auf die «Occupy Wall Street»-Bewegung, die mit dem Slogan «Wir sind die 99 Prozent» gegen Ungleichheit protestierte. Man kann Reichtum aber auch breiter fassen. Die Top-5-Prozent der Haushalte bezahlen in der Schweiz rund 42 Prozent aller Einkommenssteuern – also fast die Hälfte.

Die Anteile der beiden Gruppen am Steueraufkommen sind in den letzten zwei Jahrzehnten stabil geblieben. Die Reichen haben sich also nicht aus der Verantwortung für den Staat gestohlen. Gleichzeitig ist mit den Steuerzahlungen ein erhebliches Mass an Umverteilung verbunden. So erzielt beispielsweise das Top-1-Prozent der Haushalte rund 11 Prozent aller Einkommen, liefert aber knapp ein Viertel aller Einkommenssteuern ab.

Die eigentlichen Reichensteuern

Eine weitere wichtige Steuer im Schweizer Staatswesen ist die Vermögenssteuer. Sie bringt dem Fiskus rund 9 Milliarden Franken ein und dient zur Finanzierung von Kantonen und Gemeinden.

Bei der Vermögenssteuer ist die Bedeutung der Reichen noch grösser. Das Top-1-Prozent der vermögendsten Haushalte liefert 51 Prozent aller Vermögenssteuern ab. Betrachtet man die Top-5-Prozent, sind es 87 Prozent. Das hat die Denkfabrik Avenir Suisse auf Basis der offiziellen Steuerstatistiken ermittelt. Mithin ist die Vermögenssteuer eine eigentliche Reichensteuer. Der breite Mittelstand zahlt nur wenig.

Eine kaum bekannte Reichensteuer gibt es außerdem bei der AHV, dem wichtigsten Sozialwerk. Die AHV-Beiträge sind nicht gedeckelt, selbst bei hohen Löhnen von beispielsweise 1 Million Franken fallen die normalen prozentualen Sozialabgaben an. Aber im Alter erhalten die Betroffenen nur die gedeckelte Maximalrente. Deshalb sind die obersten 10 Prozent der Lohnbezüger wichtige Nettozahler der AHV. Schon der frühere Bundesrat und «Vater der AHV», Hans-Peter Tschudi, sagte: «Die Reichen brauchen die AHV nicht, aber die AHV braucht die Reichen.»

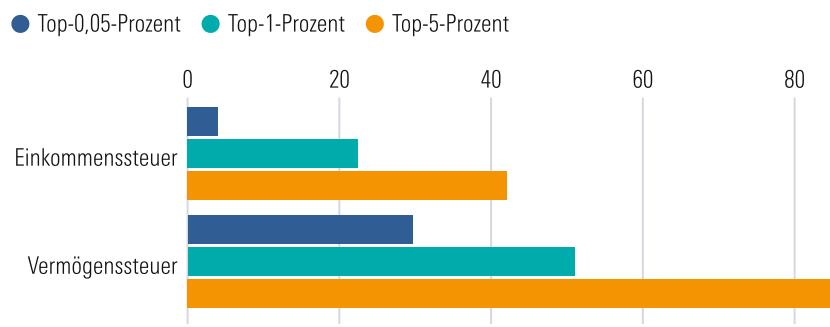


Der Staat betreibt viel Umverteilung – finanziert durch die reichsten Steuerzahler.

ILLUSTRATION PAULINE MARTINET / NZZ

Ohne die Reichen ist kein Staat zu machen

Anteil am gesamten Steueraufkommen, in Prozent



Die Top-0,05-Prozent umfassen jene Gruppe, die von der Juso-Initiative betroffen ist. Die Zahlen für diese Gruppe beziehen sich auf das Jahr 2023, die Zahlen für das Top-1-Prozent und die Top-5-Prozent auf das Jahr 2020.

QUELLEN: UNI ST. GALLEN, IWP LUZERN, AVENIR SUISSE, EIGENE DARSTELLUNG

last tragen müsste – selbst wenn nur die kleine Gruppe der reichsten 3000 Haushalte als Steuerzahler wegfällt. Noch schwerwiegender wäre es, wenn das Top-1-Prozent als Steuerzahler fehlt.

Die Schweiz ist ein Sonderfall

Ohne die Reichen ist mithin kein Staat zu machen. Dennoch finden linke Parteien, dass die Reichen noch mehr Steuern zahlen könnten. Grundsätzlich lässt sich ein Steuersystem immer noch progressiver ausgestalten – die Steuern steigen dann noch stärker überproportional zum Einkommen.

Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Steuersätze für Reiche bereits jetzt relativ hoch sind. In der Schweiz liegen sie laut einer NZZ-Analyse auf einem ähnlichen Niveau wie in Deutschland und Österreich, die als Hochsteuerländer gelten. Ein Multimillionär, der in der Stadt Zürich wohnt, liefert zwischen 31 und 46 Prozent seines Bruttoeinkommens an den Staat ab (der konkrete Satz hängt vom Ausmass seiner Steueroptimierung ab). Ein vergleichbarer Multimillionär in Deutschland muss zwischen 29 und 41 Prozent seines Bruttoeinkommens an Steuern bezahlen, in Österreich sind es zwischen 30 und 46 Prozent.

Auch Milliardäre werden in der Schweiz nicht geschont. Beispielsweise dürfte der Roche-Erbe André Hoffmann, der im Kanton Waadt wohnt, Steuern im Umfang von 32 bis 47 Prozent seiner Vermögenserträge und sonstigen Einkommen bezahlen. Das ist mehr als Milliardäre in Deutschland (26 bis 45 Prozent) und Österreich (26 bis 46 Prozent). Hoffmann könnte seine Steuerlast indessen unter das Niveau der Nachbarländer senken, wenn er in einen steuergünstigen Kanton wie Zug zöge.

Der Hauptgrund für die hohe Steuerbelastung liegt darin, dass die Schweiz als fast einziges Land auf der Welt eine Vermögenssteuer kennt. Sie ist eine eigentliche Reichensteuer, der sich die Vermögenden kaum entziehen können. Indirekt wirkt die Vermögenssteuer schon heute wie eine Erbschaftssteuer. Im schweizerischen Durchschnitt müssen Superreiche pro Jahr 0,36 Prozent ihres Vermögens an den Staat abführen. Angenommen, ein Vermögen wird alle dreissig Jahre vererbt, so ist in diesem Zeitraum bereits eine «Nachlasssteuer auf Raten» von rund 10 Prozent angefallen. Das zeigt: Auch ohne die Juso-Erb-schaftssteuer greift der Schweizer Staat bei hohen Vermögen zu.

Das Top-1-Prozent ist eine kleine Gruppe: Zu ihr gehören in der Schweiz rund 53 000 Haushalte. Noch viel überschaubarer ist der Kreis der Superreichen, die mit einem Vermögen von mehr als 50 Millionen Franken von der Juso-Erb-schaftssteuer-Initiative betroffen wären. Es dürfte sich um knapp 3000 Haushalte handeln. Das haben die St. Galler Wirtschaftsprofessoren Reto Föllmi und Stefan Legge in einer Studie zuhanden der Interessenorganisation Swiss Family Business, die die Initiative ablehnt, errechnet. Die Juso-Initiative dreht sich also um die Top 3000 (oder Top-0,05-Prozent) in der Schweiz.

Auch diese sehr kleine Gruppe trägt einen erheblichen Teil zum Schweizer Staatshaushalt bei. Laut den Berechnungen von Föllmi und Legge dürften die Top-0,05-Prozent im Jahr 2023 rund 2,5 Milliarden Franken an Einkommenssteuern und 2,8 Milliarden an Vermögenssteuern bezahlt haben (sowie 0,2 Milliarden an kantonalen Erbschaftssteuern). Das entspricht 4 Prozent aller Einkommenssteuern und 30 Prozent aller Vermögenssteuern.

Was wäre, wenn diese Reichen als Steuerzahler fehlten? Die Frage stellt kein abstraktes Gedankenexperiment dar: Falls die Juso-Initiative angenommen wird, dürfte laut Schätzungen von Ökonomen ein grosser Teil der Betroffenen aus der Schweiz wegziehen, um die Erbschaftssteuer zu vermeiden. In einem Extremenszenario (vollständiger Wegzug) fielen laut den genannten Schätzungen Steuereinnahmen in Höhe von 5,5 Mil-

liarden Franken weg. Wenn ein Teil der Superreichen bliebe, wären die Ausfälle geringer oder die Steuereinnahmen könnten per saldo sogar steigen, wie ein Gutachten des Lausanner Wirtschaftsprofessors Marius Brülhart zuhanden des Bundes zeigt. Bei einem Minus müssten die anderen Steuerzahler die Lücke füllen.

Die Steuersätze für Reiche liegen auf einem ähnlichen Niveau wie in Deutschland und Österreich.

Realistischerweise wäre das vor allem der breite Mittelstand. Die St. Galler Studie illustriert mögliche Grössenordnungen.

Wenn 5,5 Milliarden Franken an Steuereinnahmen wegfielen, liesse sich das etwa kompensieren, indem die Mehrwertsteuer auf Bundesebene um knapp 2 Prozentpunkte erhöht würde. Auf der Rechnung im Restaurant stünden dann 10,1 statt 8,1 Prozent Mehrwertsteuer. Betrachtet man nur die Auswirkungen im Kanton Zürich, könnten die Staats-einnahmen konstant gehalten werden, indem die Steuern für die Privathaushalte um 15 Prozent heraufgesetzt würden.

Die Beispiele zeigen, dass die Mittelschicht eine deutlich höhere Steuer-

Avec 740 millions de déficit, la bataille gauche-droite s'engage

Finances Le Canton fait face à un trou budgétaire historique. Pour le PLR, il faut couper dans les prestations sociales et repenser les aides automatiques. Le PS dénonce un mensonge et réclame de nouveaux impôts sur les plus fortunés.

Marc Bretton Rachad Armanios

Sept cent quarante millions: le déficit au budget 2026 du Canton s'annonce abyssal. Que faut-il faire? Couper les dépenses ou augmenter les impôts? Agir vite ou attendre? Les partis devront arbitrer. Débat entre les députés Caroline Marti (PS) et Yvan Zweifel (PLR).

Le projet de budget prévoit un déficit de 740 millions pour 2026. Comment est-on arrivé là?

Yvan Zweifel (Y.Z.): Très simplement! On enregistre depuis des années des hausses de revenus et de charges importantes. Alors que l'augmentation des charges est linéaire, celle des revenus fluctue en lien avec la conjoncture. Elle s'est retournée et on observe ce qu'on pouvait attendre: un bel effet ciseau et le déficit en sont le résultat. Comme nous le disons depuis des années: c'est quand il fait beau qu'on doit engranger, restructurer. Cela n'a pas été fait. L'automne passé, le peuple a refusé des lois sur la maîtrise des charges qui voulait simplement limiter leur progression. J'observe que maintenant, nous serons contraints d'aller plus loin et de nous attaquer à leur diminution. Le temps des cigales est révolu!

Yvan Zweifel, vous n'oubliez pas les 350 millions de la baisse d'impôts votée fin 2024 dont l'absence plombe le budget?

Y.Z.: D'abord, ce montant se discute: l'argent économisé par le contribuable a été dépensé ou épargné, il n'est pas perdu. Ensuite en 2026, on devrait voir les recettes de l'impôt sur les personnes physiques continuer à augmenter. Même avec la baisse d'impôts, il y a donc une progression des recettes. Il faut le dire: ce budget est plombé par une hausse des charges qui vient de loin: entre 1998 et 2024, il y a eu une hausse de 32% de la population, mais une augmentation des charges de 88%, alors que les recettes ont gonflé de 160%, malgré plusieurs baisses d'impôts.

Caroline Marti, que pensez-vous de cette démonstration?

Caroline Marti (C.M.): En 2023 et 2024, les impôts sur le revenu et la fortune des personnes physiques ont baissé alors que la droite et le Conseil d'Etat, soutenant ces réformes, promettaient que Genève avait les moyens de le faire, sans mettre le budget en difficulté, sans coupes dans les prestations. Un an plus tard, on voit ce que valaient ces promesses: les recettes exceptionnelles de ces dernières années étaient conjoncturelles et non structurelles. La droite le savait mais elle a masqué cette réalité pour faire passer ces baisses d'impôts.

En parallèle, on observe un phénomène de fond: l'augmentation constante des inégalités. Il en résulte une précarisation importante d'une partie de la population, ce qui fait croître fortement les charges contraintes (prestations sociales) mais aussi une hausse massive des revenus

et de la fortune de ceux qui sont tout en haut de l'échelle. Enfin, je rappelle que des bénéfices importants ont été faits durant les années passées. Cela a permis de réduire la dette de plus de 3 milliards, d'accélérer les remboursements à la caisse de pension des fonctionnaires, et la réserve conjoncturelle atteint un milliard... Nous avons donc un peu de temps pour réfléchir à comment inverser la tendance.

«En 2026, on devrait voir les recettes de l'impôt sur les personnes physiques continuer à augmenter. Même avec la baisse d'impôts, il y a donc une progression des recettes. Il faut le dire: ce budget est plombé par une hausse des charges qui vient de loin.»

Yvan Zweifel
Député PLR

Par exemple en diminuant l'écart de 89% entre les dépenses publiques genevoises et la moyenne suisse?

C.M.: Cet écart important s'explique largement par notre niveau des loyers, des primes maladie, un coût de la vie parmi les plus élevés de Suisse, mais aussi notre situation de ville centre, internationale, universitaire. Voilà qui explique aussi le niveau de nos aides, dans un canton qui en a les moyens car il compte également un nombre exceptionnel de grandes fortunes.

Ce budget, tel qu'il est, vous le soutiendrez en décembre au moment du vote?

Y.Z.: Je ne vois pas le PLR accepter un déficit allant au-delà des 232 millions qui avaient été négociés en 2019, au moment de la baisse d'impôts sur les entreprises.

C.M.: Nous estimons qu'il est important que le Canton ait un budget, même largement déficitaire. J'observe qu'en fixant une limite de 232 millions, alors que le déficit atteint 740 millions, le PLR démontre qu'il ne veut pas de budget, car réduire le déficit de plus de 500 millions en quelques semaines, c'est matériellement impossible.

Y.Z.: Nous ne sommes pas défaitistes! Ce budget peut encore être amélioré. Les charges contraintes par des lois bloquent les possibilités d'économies? Changeons-les! J'ai demandé un tableau récapitulatif toutes les aides sociales de l'Etat, leurs montants et leurs bases légales. Si elles sont cantonales, nous pouvons agir! Les pistes existent.



Les députés Caroline Marti (Parti socialiste) et Yvan Zweifel (PLR) se sont affrontés dans un débat organisé dans les locaux de la «Tribune de Genève». Leurs points de vue sur les causes du déficit et les moyens de le réduire sont diamétralement opposés. L. Guiraud



«Il est complètement illusoire et irresponsable de vouloir effacer 740 millions de déficit en s'attaquant uniquement aux prestations.»

Caroline Marti

par exemple en augmentant le nombre d'élèves par classe dans les classes d'accueil?

Le Conseil d'Etat veut proposer un plan d'économies, mais en mars et sans recettes supplémentaires. Qu'en pensez-vous?

Y.Z.: Le Conseil d'Etat est le spécialiste des promesses de mesures repoussées dans le temps. Il traîne, mais vu la situation la réserve conjoncturelle ne le mènera pas très loin. C'est une simple écriture comptable, pas du cash utile pour financer les prestations. Pour nous, l'élément clé d'un soutien au gouvernement sera la présence ou non de mesures d'économie structurelles crédibles. Nous sommes prêts à attendre que le budget revienne à l'équilibre, mais pas à attendre huit ans pour rien du tout.

C.M.: Il est complètement illusoire et irresponsable de vouloir effacer 740 millions de déficit en s'attaquant uniquement aux prestations et sans prévoir de recettes supplémentaires. En ce qui concerne les économies, les intentions du Conseil d'Etat sont indiquées dans le plan financier quadriennal: il veut économiser prioritairement du côté du personnel et des communes. Le plan du printemps attaquaera en plus les prestations.



«Pour nous, l'élément clé d'un soutien au gouvernement sera la présence ou non de mesures d'économie structurelles crédibles.»

Yvan Zweifel

C'est un ratio unique en Suisse, qui mérite d'être discuté. Mais il faut alors que les transferts de charges s'accompagnent de transferts de compétences. C.M.: Prendre de l'argent aux communes en urgence, sans leur transférer de compétences, n'a pas de sens et met en péril des prestations municipales essentielles tel que l'accueil pré-scolaire. On peut discuter de transferts, mais il faut du temps: on ne peut pas déléguer n'importe quelles tâches et on doit tenir compte des situations financières très variées des communes. Sur le fond, je n'étais pas défavorable au projet d'écrétage, c'est-à-dire de mise à contribution uniquement des communes les plus fortunées, auquel le Conseil d'Etat a renoncé en 2023.

«Les recettes exceptionnelles de ces dernières années étaient conjoncturelles et non structurelles. La droite le savait mais elle a masqué cette réalité pour faire passer ces baisses d'impôts.»

Caroline Marti
Députée socialiste

Après trois comptes déficitaires, le peuple devra arbitrer entre des mesures d'économie et des propositions sur les revenus pour redresser les finances. Il ne pourra pas tout refuser. Les partis ont intérêt à trouver un accord équilibré auparavant, non?

Y.Z.: Oui, mais c'est le Conseil d'Etat qui est en première ligne. Hélas, on ne sent pas une équipe gouvernementale assez souhaitée pour porter un projet. Ensuite, ce sera au parlement d'agir, puis au peuple. Si c'est ce dernier qui tranchera, parce qu'il n'y a pas de majorité claire au Grand Conseil pour agir, cela ne me dérange pas.

C.M.: La loi que vous évoquez impose la présentation de mesures sur les charges et les recettes, alors que le Conseil d'Etat n'évoque qu'une action sur les charges pour limiter le déficit. Trouver 520 millions sur les charges, c'est s'imposer de couper massivement dans les prestations. Je rappelle que bloquer la croissance des charges, alors que la demande augmente, c'est déjà dégrader les prestations.

Y.Z.: Il y a d'autres possibilités pour limiter les dépenses. Nous sommes le canton de Suisse le plus généreux avec sa fonction publique. La recapitalisation de sa caisse de retraite nous coûte 200 millions par an. On aurait mieux fait collectivement de corriger l'évolution des dépenses régulièrement au cours de ces dernières années. Cela n'a pas été possible et je le regrette.

Dans le Jura, le PS triomphe à l'exécutif

ÉLECTIONS Décrochant la majorité, le Parti socialiste est sorti hier grand vainqueur d'une folle journée électorale, marquée par l'échec de l'indépendant Martial Courtet. L'UDC rate de peu son entrée au Gouvernement et Moutier compte son premier ministre

YAN PAUCHARD

La population jurassienne pouvait choisir de renverser la table en réalisant le ministre Martial Courtet, pourtant épingle par un audit détaillant son management problématique, ou en offrant un premier siège gouvernemental à l'UDC. Mais hier, au terme d'un deuxième tour d'une intensité folle, les électeurs ont finalement plébiscité les deux grands partis du canton, le Parti socialiste (PS) et Le Centre. Il devait être écrit que cette élection, certainement la plus incertaine de l'histoire jurassienne, marquerait l'histoire. Pour la première fois, le PS décroche la majorité absolue (trois sièges sur cinq) avec notamment l'élection de Valentin Zuber, figure politique de Moutier, alors que la cité prévôtoise ne sera officiellement jurassienne qu'au 1er janvier 2026. Plus qu'un symbole.

Suspense total

C'est peu dire que le suspens était total. Depuis des jours, le landerneau politique jurassien retenait son souffle, craignant une réélection de Martial Courtet, arrivé troisième du premier tour. Ses collègues au Gouvernement sont même sortis du bois pour parler ouvertement de l'impossibilité de travailler avec celui qui se relançait en indépendant. Une affaire qui a largement focalisé l'attention de l'entre-deux-tours, notamment au travers d'une soirée commune avec le conseiller d'Etat genevois Pierre Maudet, dont l'écho s'est répercuté bien au-delà des frontières cantonales. Mais les partis ont visiblement serré les rangs comme rarement et mobilisé. Le taux de participation a ainsi progressé de quatre points entre le premier tour et le second tour, passant de 41,5 à 45,7%.

Le nom de Martial Courtet était encore de toutes les discussions samedi, journée de la traditionnelle fête de la Saint-Martin. Mais l'élu n'a finalement pas réussi à élargir sa base et termine septième. Visiblement pressé d'en finir, l'homme n'a pas attendu la fin du dépouillement pour venir reconnaître sa défaite devant les médias, réunis à l'Hôtel du Parlement à Delémont. «Je suis déçu, mais c'est un résultat extraordinaire compte tenu des vents contraires», a relevé Martial Courtet devant les caméras. En indépendant, ne bénéficiant d'aucun report de voix des partis, c'était mission impossible. Il n'a pas souhaité faire de commentaire quant à son avenir politique, avant de disparaître et d'aller rejoindre ses soutiens.

MAIS ENCORE

Les résultats du second tour de l'élection au Gouvernement jurassien:

Rosalie Beuret Siess (PS) réélue avec 14 647 voix.

Stéphane Theurillat (Le Centre) réélu avec 13 491 voix.

Raphaël Ciocchi (PS) élu avec 12 181 voix.

Valentin Zuber (PS) élu avec 10 747 voix.

Jean-Paul Lachat, (Le Centre) élu avec 10 114 voix.

Fred-Henri Schnegg (UDC) non élu avec 9 939 voix.

Martial Courtet (indépendant) non réélu avec 8 918 voix.

Damien Chappuis (PCSI) non élu avec 6 630 voix.

Martin Braichet (PLR) non élu avec 4 991 voix. (LT)



Les cinq ministres jurassiens élus hier, de gauche à droite: Valentin Zuber (PS), Stéphane Theurillat (Le Centre), Rosalie Beuret Siess (PS), Raphaël Ciocchi (PS) et Jean-Paul Lachat (Le Centre). (DELÉMONT, 9 NOVEMBRE 2025/VINCENT MULLER POUR LE TEMPS)

Entre embrassades, cliquetis des verres, drapeaux et chants, l'ambiance était tout autre devant l'Hôtel du Bœuf, le traditionnel stamm du PS. On se pince pour y croire. Leur ministre sortante Rosalie Beuret Siess caracole en tête de l'élection avec près de 15 000 voix, devant son collègue de Gouvernement, le centriste Stéphane Theurillat. Surtout, les socialistes font encore élire leur président cantonal, Raphaël Ciocchi, et Valentin Zuber au Gouvernement. L'idée de partir à trois au deuxième tour n'était pas une évidence à l'intérieur, de peur que cela ne soit perçu comme un excès de confiance. «Ce n'était pas une stratégie arrogante, mais ambitieuse», corrigeait hier Raphaël Ciocchi. Une stratégie qui s'est donc révélée payante.

Parmi les militants qui fêtaient la victoire hier en fin d'après-midi, l'un était particulièrement ému, Maxime Zuber, ancien maire emblématique de Moutier et père du nouveau ministre.

«Ma ville va devenir jurassienne, mon fils entre au Gouvernement et ma fille [Marina Zuber, ndlr] au Parlement, c'est incroyable», confie-t-il. Le socialiste loue «la générosité des Jurassiens et des Jurassiennes qui, par leur vote, font que Moutier entrera de plein droit dans le canton».

«Ce n'était pas une stratégie arrogante, mais ambitieuse»

RAPHAËL CIOCCHI, NOUVEAU MINISTRE SOCIALISTE JURASSIEN

Reste que la balle est aujourd'hui clairement dans le camp du PS qui se retrouve majoritaire au Gouvernement, alors que le Parlement penche à droite. Cette configuration n'inquiète cependant pas Rosalie Beuret Siess. «En élisant Raphaël Ciocchi, et

Valentin Zuber, la population, a choisi des personnalités qui savent écouter, dialoguer et construire», assure la femme forte du Gouvernement. De son côté, Stéphane Theurillat a également appelé «à travailler ensemble et à se montrer le plus constructif possible». Il se réjouit de son score, conscient que Le Centre jouait gros, menacé de perdre son deuxième siège.

Le PCSI perd son siège

La déception était par contre grande du côté de l'UDC qui a longtemps cru dans les chances de son candidat Fred-Henri Schnegg, qui échoue aux portes du Gouvernement. Jamais le parti, marqué par son combat pro-Bernois lors des années de la Question jurassienne, n'avait semblé aussi près d'aller chercher un siège. Il a manqué finalement moins de 300 voix à son candidat pour dépasser le centriste Jean-Paul Lachat, cinquième. «Je ne vois pas comment

nous aurions pu faire plus. Nous doublons nos voix par rapport à 2020. C'est quand même un sacré score», note Alain Koller, le président de l'UDC jurassienne, rappelant les quatre sièges gagnés au Parlement.

Parmi les perdants du jour, on retrouve encore le Parti chrétien-social indépendant (PCSI), qui a perdu son siège au Gouvernement, occupé depuis 2015 par le Franc-Montagnard David Eray. Le pari de lancer le maire du chef-lieu cantonal Delémont n'a pas été concluant; Damien Chappuis termine huitième. Le chrétien-social ne devance que le PLR Martin Braichet, qui ferme la marche. C'est un camouflet pour le parti qui, lors des précédentes élections de 2020, avait placé Jacques Gerber, auréolé pour sa gestion du covid, en tête du second tour. Ce dernier avait décroché la première place avec dix petites voix d'avance sur un certain... Martial Courtet. C'était il y a 5 ans – une autre époque. ■

«Nous devons développer une vision à long terme pour réenchanter le canton»

RÉACTION La ministre socialiste Rosalie Beuret Siess a été la mieux élue hier dans le Jura. Désormais doyenne du Gouvernement, elle commente la nouvelle majorité décrochée par son parti et se dit convaincu qu'elle ne provoquera pas de blocage avec le parlement marqué à droite

PROPOS RECUEILLIS PAR ALEXANDRE STEINER

Le Jura sera pour la première fois gouverné par une majorité socialiste lors de la prochaine législature. Jusqu'ici, seul le PDC avait déjà occupé trois fauteuils à l'exécutif entre 1993 et 2002, après que Pierre Kohler s'est présenté dans une élection complémentaire contre l'avis de son parti. Le PS s'est senti poussé des ailes après le premier tour, où il avait déjà placé trois candidats dans le quinté gagnant alors que son ambition initiale était uniquement de maintenir ses deux fauteuils.

Si ses trois ministres ont le sourire, ils devront composer dès le mois de janvier

avec un parlement davantage marqué à droite. Il leur faudra aussi travailler activement à mettre en place la collégialité qui a été mise à mal après la publication de l'audit critiquant le management autoritaire de Martial Courtet, évincé hier. Pour la socialiste Rosalie Beuret Siess, candidate la mieux élue et désormais doyenne du Gouvernement qu'elle présidera l'an prochain, le Jura franchit une nouvelle étape.

Vous avez dit, après le premier tour, que le Gouvernement ne pouvait pas retrouver de séénité tant que Martial Courtet serait à sa table. Etes-vous soulagé aujourd'hui? Effectivement, nous l'avions mentionné avec ma collègue Nathalie Bartholot. Martial Courtet a toujours dit qu'il voulait que son sort soit tranché dans les urnes, et le peuple a fait son choix. La campagne a été difficile, notamment avec cet audit extrêmement sévère à son encontre, et je pense que cette nouvelle composition nous permettra d'aller de

l'avant. Cela permettra aussi au personnel qui souffrait de cette situation d'entrevoir une période plus calme, avec un élan porteur de motivation.

L'audit pointait aussi du doigt des dysfonctionnements au sein du Gouvernement. Tout est aujourd'hui réuni pour repartir sur des bases saines? C'est l'espérance que j'ai. En ce qui concerne mes collègues socialistes, ils sont connus et reconnus pour leur capacité à travailler dans un esprit de consensus. Je collabore aussi très bien depuis bientôt un an avec Stéphane Theurillat (Le Centre), qui accorde une grande importance à l'écoute et au respect. Je connais moins bien Jean-Paul Lachat, mais j'ai toute confiance en lui pour que les choses se passent bien. Il a déjà l'expérience d'un exécutif communal et il connaît le fonctionnement de l'Etat en tant que chef de service. Nous faisons face à des défis importants en termes de finances, d'environnement ou de pouvoir d'achat. Le peuple a accordé aujourd'hui sa confiance à trois socialistes et notre responsabilité

envers lui est grande. Nous devrons nous montrer à la hauteur en montant des projets qui visent l'intérêt commun et qui peuvent trouver des majorités.

Le parlement s'est renforcé à droite le 19 octobre. Cette majorité pourra-t-elle réellement mener une politique socialiste alors que la droite parle déjà de blocages pendant cinq ans? Nous avons des valeurs que nous souhaitons évidemment défendre. Mais être dans un exécutif implique aussi d'être capable de gouverner en tenant compte de l'ensemble de la population et des sensibilités de tout bord. Nous devrons bien entendu trouver un chemin commun avec le parlement pour emporter son adhésion, et j'espère que nous pourrons le faire avec une sensibilité de gauche.

Des décisions difficiles devront être prises pendant la prochaine législature. Ce n'est pas vraiment le meilleur moment pour être majoritaire... Ce sera une législature cruciale, c'est certain. Nous devrons faire

évoluer notre canton dans un contexte financier difficile et avec des ressources limitées. La population attend de nouvelles perspectives et nous devons vraiment développer une vision à long terme pour réenchanter le Jura.

Le PS est-il prêt à faire des choix impopulaires qu'il pourra payer dans cinq ans? Le Parti socialiste n'aurait pas lancé trois candidats s'il n'était pas prêt à prendre des décisions difficiles. Mais quand on explique les raisons de ces choix, la population les comprend. Elle a conscience de la situation et attend des politiques qu'ils prennent les mesures qui s'imposent. Evidemment, il est toujours délicat et sensible de parler de suppressions de prestations. Ce travail devra se faire en lien étroit avec le parlement pour fixer des priorités. C'est pour cela qu'il est difficile actuellement de vous dire où des coupes pourraient être faites.

Le PS sera-t-il prêt à mettre une hausse d'impôt sur la table? Ce n'est pas d'actualité. ■

INTERVIEW

Hunderttausende, die für immer bleiben dürfen: Was die EU-Verträge konkret bedeuten

Deal mit Brüssel Die Rede ist von einem kaum widerrufbaren Daueraufenthaltsrecht und von Dutzenden Millionen zusätzlicher Sozialhilfeausgaben. Welche Sorgen sind berechtigt? Eine Übersicht.

Anja Burri

Es ist ein Deal, der über 1800 Seiten umfasst: Die Schweiz will einen erleichterten Zugang zum EU-Markt, weil sie sich davon Wohlstand und Arbeitsplätze erhofft. Und sie übernimmt dafür im grossen Stil Regeln der Europäischen Union. Dabei verpflichtet sie sich unter anderem, die Personenfreizügigkeit auszubauen und die sogenannte Unionsbürgerrichtlinie teilweise zu übernehmen.

Treten die neuen EU-Verträge in Kraft, gilt von Appenzell bis Genf ein neues Daueraufenthaltsrecht für EU-Bürger, das leichter erhältlich ist als die bisherige Niederlassungsbewilligung. Die Kantone werden mehr Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen an Zuzügerinnen aus der EU zahlen müssen. Das ist bereits heftig umstritten – und es kursieren Horrorszenarien von ungebremster Zuwanderung in unsere Sozialwerke. Welche Sorgen sind berechtigt? Eine Übersicht in fünf Kapiteln.

1 Um bleiben zu dürfen, braucht man kein Deutsch zu sprechen

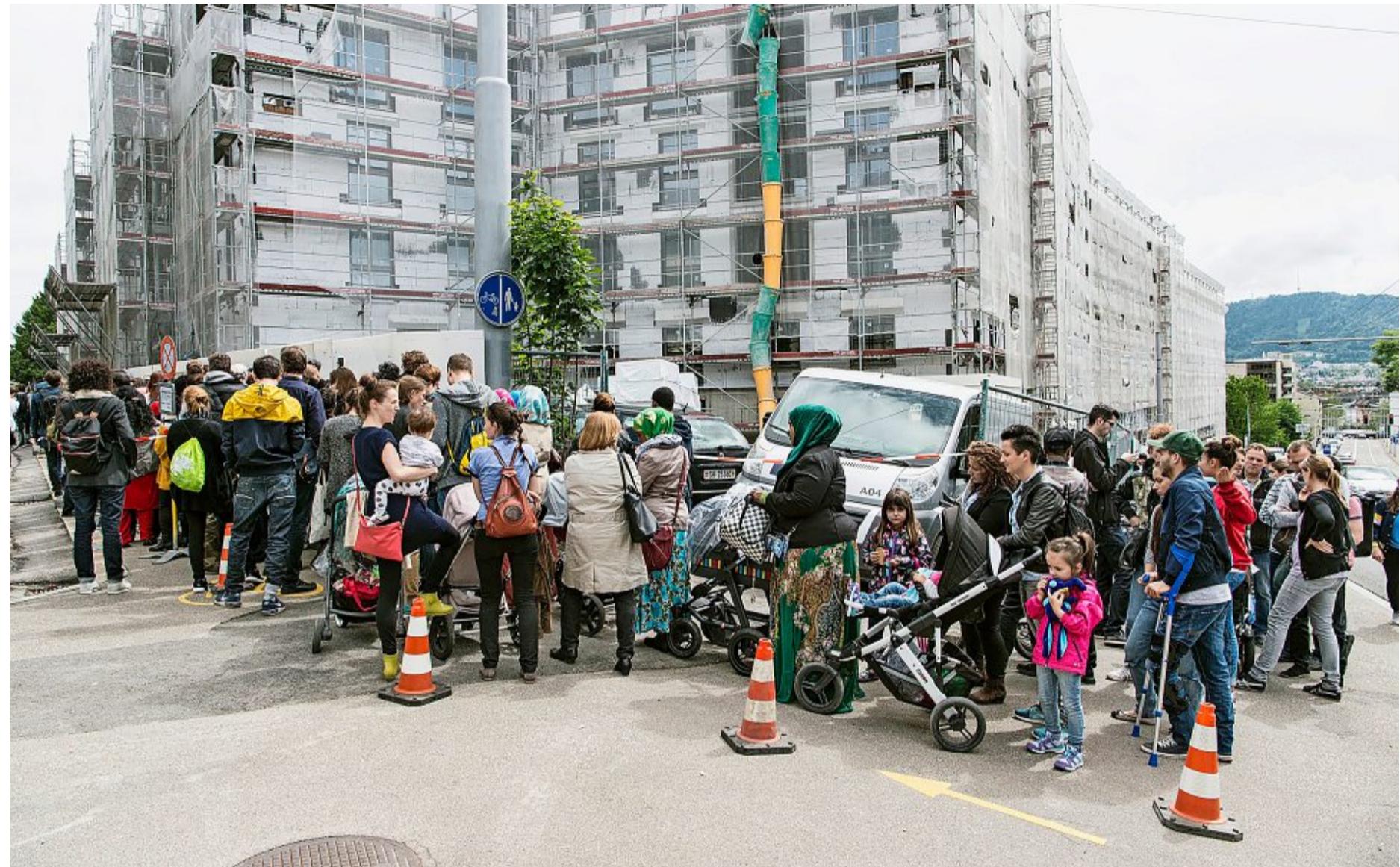
Die blosse Zahl ist eindrücklich: 690'000 Personen wären fünf Jahre nach Übernahme der neuen Personenfreizügigkeitsregeln auf einen Schlag berechtigt, in der Schweiz ein Daueraufenthaltsrecht zu beantragen. Das schätzen Experten im Auftrag des Bundes auf der Basis von Zahlen aus dem Jahr 2021. Für die Folgejahre rechnen sie mit jährlich bis zu 70'000 weiteren möglichen Kandidaten, wobei längst nicht alle Berechtigten das Daueraufenthaltsrecht beantragen dürften.

Die EU-Staatsangehörigen müssen dafür mindestens fünf Jahre in der Schweiz gelebt und gearbeitet haben. Und sie müssen in dieser Zeit weniger als sechs Monate vollständig von Sozialhilfe abhängig gewesen sein. Für Partnerinnen und Kinder unter 21 Jahren gilt dieses Recht ebenfalls nach fünf Jahren – ohne dass sie dafür erwerbstätig sein müssen.

Wer dieses Daueraufenthaltsrecht einmal erhalten hat, kann es nur noch in Ausnahmefällen verlieren: wenn man die Schweiz für mindestens zwei Jahre verlässt, wenn man die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet oder aufgrund eines Rechtsmissbrauchs.

Integrationskriterien, die es für eine Niederlassungsbewilligung braucht, spielen für den Erhalt des Daueraufenthaltsrechts keine Rolle. Mit anderen Worten: Auch wer kein Wort Deutsch, Französisch oder Italienisch spricht, kann für immer in der Schweiz bleiben.

Gemäss den Experten des Bundes ist die Neuerung vor allem für ökonomisch schwächeren Personen lohnenswert. Also Leute, die in Niedriglohnjobs arbeiten und ein erhöhtes Risiko haben, arbeitslos oder sozialhilfeabhängig zu werden. Für wirtschaftlich und sozial gut



Schlange stehen für eine Wohnung als Normalzustand: Die Gegner des EU-Deals warnen vor «unkontrollierter Zuwanderung». Foto: Reto Oeschger

integrierte EU-Bürger bleibt auch in Zukunft die bisherige Niederlassungsbewilligung attraktiver, weil diese nach einer gewissen Zeit eine Einbürgerung ermöglicht.

2 Direkt aus Damaskus in die Schweizer Sozialhilfe?

Pascal Schmid, Nationalrat und Asylchef der SVP, kritisiert: «Wir werden mit der Teilübernahme der Unionsbürgerrichtlinie gezwungen, den Familiennachzug auszudehnen. Das bedeutet konkret, dass ein Syrer, der im Rahmen der «Turbo-Einbürgerungen» in Deutschland eingebürgert wurde, in die Schweiz einwandern und danach seine Grossfamilie samt Enkeln, Grosseltern und pflegebedürftigen Onkeln und Tanten direkt aus Syrien nachziehen kann.»

Tatsächlich hat Deutschland viele geflüchtete Personen aus dem Nahen Osten eingebürgert. Allein im Jahr 2024 erhielten über 83'000 Syrer und rund 14'000 Iraker den deutschen und somit einen EU-Pass. Allerdings können diese Personen bereits mit den heute geltenden Regeln in die Schweiz einreisen, sich hier aufzuhalten und ihre Familienmitglieder nachziehen – unter Erfüllung der geltenden Bedingungen. Neu haben eingetragene Partner das Recht auf Familiennachzug. Und für Lebenspartner und pflegebedürftige Familienangehörige gibt es die Möglichkeit, erleichterten Familiennachzug zu beantragen. Allerdings entscheiden darüber die Behörden nach eigenem Ermessen.

Gemäss den Experten des Bundes dürften jedes Jahr bis zu 20'000 Personen ein Daueraufenthaltsrecht beantragen, die

Ebenfalls neu ist das Daueraufenthaltsrecht, das auch für folgende Familienmitglieder gilt, die direkt aus einem Drittstaat wie Syrien in die Schweiz kommen: für Eltern, Grosseltern oder Kinder.

Die Schweizer Behörden sind überzeugt, dass sie mit der EU eine wirksame Hürde aushandeln könnten, um zu verhindern, dass ganze Familien direkt in den Schweizer Sozialstaat einwandern: Und zwar die Bedingung, dass Bewerber mindestens fünf Jahre in der Schweiz arbeiten müssen, bis sie das Daueraufenthaltsrecht beantragen können.

Wie hoch das Arbeitspensum sein muss, dafür gibt es allerdings keine fixen Grenzen, wie das Staatssekretariat für Migration einräumt: «Wann eine Person als erwerbstätig gilt, ist weiterhin im Einzelfall zu prüfen.» Wer nur «in geringem Ausmass» arbeite, erhalte weder das Daueraufenthaltsrecht noch Sozialleistungen. Das Beraterbüro Eco-plan schreibt in seiner Studie im Auftrag des Bundes dazu: «Während als grober Richtwert oft ein Pensum von 30 bis 40 Prozent genannt wird, zeigen Urteile des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesgerichts, dass auch niedrigere Schwellen (z. B. 12 Wochenstunden) als ausreichend gelten können.»

3 Sozialhilfekosten werden um Dutzende Millionen steigen

Gemäss Schätzungen des Bundes dürften jedes Jahr bis zu

«Nicht die EU-Verträge, sondern die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist für die Ausgaben der Sozialhilfe entscheidend.»

Markus Kaufmann
Geschäftsführer der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe

zuvor arbeitslos waren und sich um eine Stelle bemühten, oder während einer kurzen Zeit Sozialhilfe bezogen. Wer einmal das Daueraufenthaltsrecht besitzt, verliert es nicht mehr – auch nicht, wenn man Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe bezieht.

Der Bund rechnet deshalb mit 3000 bis 4000 zusätzlichen Sozialhilfeträgern pro Jahr und damit verbundenen Mehrkosten von bis zu 74 Millionen Franken. Dazu erwartet er Mehrausgaben von rund 7 Millionen pro Jahr für zusätzliche Ergänzungsleistungen und bis zu 22 Millionen pro Jahr für zusätzliche Anmeldungen registrierter Arbeitsloser.

Aus Sicht der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) sind die Schätzungen plausibel, wie Skos-Geschäftsführer Markus Kaufmann sagt. Dass die Sozialhilfe wegen der neuen EU-Verträge überrannt werde, sei unwahrscheinlich.

«Wir erwarten keine Leute, die chancenlos sind im Arbeitsmarkt.» Kaufmann erinnert daran, dass die Sozialhilfebezüge seit sechs Jahren rückläufig seien. «Nicht die EU-Verträge, sondern die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist für die Ausgaben der Sozialhilfe entscheidend», so Kaufmann.

4 Wer soll das bezahlen?

Die Kantone haben bereits Forderungen aufgestellt: Es braucht ein Sozialhilfemonitoring, um zu merken, wenn Sozialhilfekosten aus dem Ruder liegen. Und Entschädigungen für den Mehraufwand der kantonalen Ämter. Wer das bezahlen soll, ist aus Sicht der Kantone klar: der Bund.

5 Wenn alles zu viel wird, haben wir die Schutzklausel. Wirklich?

Wenn durch die Zuwanderung «schwerwiegende wirtschaftliche oder soziale Probleme» entstehen, kann die Schweiz den freien Personenverkehr künftig vorübergehend einschränken. Sie muss dafür an ein Schiedsgericht gelangen. Aussenminister Ignazio Cassis hat diese sogenannte Schutzklausel als besondere Errungenschaft in den neuen EU-Verträgen hervorgehoben: «Dass die EU sich darauf einlässt, wagten wir kaum zu hoffen», sagte er der NZZ.

Doch die Kritiker lassen sich dadurch nicht besänftigen. SVP-Nationalrat Pascal Schmid nennt die Klausel eine «Copy-and-Paste-Klausel», die auch in anderen Assoziierungsabkommen der EU anzutreffen und daher

nichts Besonderes sei: «Wir haben diese als Notstandsklausel konzipierte Schutzklausel seit 2002. Doch der Bundesrat rief sie nie an, weil die Hürden dafür extrem hoch angesetzt sind», sagt er. Schmid ist überzeugt, dass der Bundesrat dies auch künftig nicht tun wird: «Die neuen Schwellenwerte im Schweizer Recht sind nichts wert, weil die EU-Verträge Vorrang haben.»

Dem widersprechen die Experten des Bundes vehement. Es stimme zwar, dass die Schweiz bei der bisherigen wie bei der neuen Schutzklausel schwerwiegende Probleme geltend machen müsse. Doch der Bundesrat habe Schwellenwerte etwa für die Nettozuwanderung, die Arbeitslosigkeit und den Sozialhilfebezug vorgeschlagen, die griffig seien. Würden dieselben Schwellenwerte bereits gelten, hätte der Bundesrat seit 2002 bereits achtmal die Lösung der Schutzklausel prüfen müssen, sagte Vincenzo Mascioli, der Staatssekretär für Migration, vor den Medien.

Und was ist, wenn das Schiedsgericht das Schutzklausel begehrte? Dann könnte die Schweiz trotzdem den freien Personenverkehr vorübergehend einschränken. Doch dies hätte seinen Preis: Die EU dürfte dann ihrerseits ein Schiedsgerichtsverfahren auslösen und Vergeltungsmassnahmen ergreifen. Dass sie das, ohne mit der Wimper zu zucken, tut, das wissen Schweizer Forscher oder die Medizintechnikbranche nur zu gut.

La position du Centre sur les accords Suisse-UE est «une erreur stratégique»

GENÈVE Le «oui, mais» du Centre à la consultation sur les accords avec l'Union européenne fait réagir la conseillère d'Etat centriste Delphine Bachmann. Elle regrette le manque de clarté de son parti et veut faire bouger les lignes

PROPOS RECUEILLIS PAR ROMAINE MORARD

Les conseillers d'Etats du Centre se réunissent à Berne lundi soir. Au menu des discussions, la position du parti concernant le paquet d'accords avec l'UE. Le Centre a rendu sa réponse à la consultation la semaine dernière. Et si le parti soutient dans l'ensemble ces textes, il émet également de nombreuses critiques et conditions. Conseillère d'Etat chargée de l'Economie du canton de Genève, Delphine Bachmann demande qu'une assemblée des délégués puisse se prononcer rapidement.

La consultation sur le paquet d'accords s'est terminée il y a une semaine. Le Centre l'approuve globalement, mais pose plusieurs conditions. Philipp Matthias Bregy, votre président, a même fait savoir qu'il n'était pas «emballé». Vous partagez son constat? Je ne partage clairement pas ce constat.

Je suis conseillère d'Etat, chargée de l'Economie du deuxième canton exportateur du pays, et membre du Centre. Et c'est à ce titre que j'interviens. Je suis extrêmement attachée à mon parti et au respect des processus internes. Mais je suis effarée de constater que la stabilisation de nos relations avec l'Union Européenne ne semble pas être une priorité forte pour le

parti. C'est une erreur stratégique, raison pour laquelle j'ai décidé de m'expliquer publiquement et dans le débat interne.

Qu'est-ce qui est une erreur stratégique? La prise de position «oui, mais» ne représente pas la majorité de l'opinion du parti, et on a besoin d'avoir un message fort pour gagner. Il ne faut pas laisser le doute s'installer sur notre position. Elle doit être claire. C'est exactement ce que les opposants font. Je pense qu'on laisse le champ libre à l'UDC, qui fait de la désinformation. On ne doit pas les laisser gagner du terrain. Avoir un discours hésitant ne nous aidera pas à faire campagne.

Ça veut dire que vous n'êtes pas en ligne avec votre nouveau président? J'ai toute confiance en la capacité de notre président à mener le débat et à prendre cette question extrêmement au sérieux. Là-dessus, je n'ai pas de doute. Mais la prise de position d'un groupe parlementaire ne reflète pas l'ensemble des sensibilités et je pense que les cantons ont aussi leur mot à dire. En particulier un canton comme Genève dont la prospérité s'est construite sur la relation avec ses partenaires extérieurs.

Ces accords sont nécessaires pour Genève, deuxième canton exportateur. Et je rappelle que l'économie genevoise contribue aussi largement au niveau fédéral, puisque nous sommes contributeurs à hauteur de 540 millions à la pré-repartition fédérale. La compétitivité de la Suisse n'a jamais autant été attaquée. On doit apporter une réponse très forte à ça, un message de stabilité aux entreprises.



«Ces accords sont nécessaires pour Genève, deuxième canton exportateur»

DELPHINE BACHMANN, CONSEILLÈRE D'ÉTAT CENTRISTE GENEVOISE

Votre président a relevé la question de l'immigration et de la clause de sauvegarde, à son sens un mécanisme a minima. Ce sont des arguments que vous pouvez entendre, en tant que conseillère d'Etat genevoise? Genève a besoin de main-d'œuvre. Je rappelle que nous avons 240 000 personnes actives pour 420 000 emplois. Du travail, il y en a. La Suisse a toujours eu de la main-d'œuvre étrangère. La préférence cantonale est appliquée à Genève, mais on doit garder cette ouverture, ça n'est pas contradictoire. Ce qui est au cœur, c'est la croissance. Quelle croissance voulons-nous? On peut viser une croissance qualitative. Mais c'est cette croissance qui fait la prospérité et la réussite de la Suisse.

Autre point inquiétant qui ressort de la consultation du Centre: la reprise dynamique du droit européen et la perte de souveraineté potentielle de la Suisse. C'est une préoccupation que vous ne partagez pas? Les réserves du groupe parlementaire et du président servent la politique intérieure mais ne doivent pas remettre en cause le paquet global. Aucun paquet n'est d'emblée parfait. Ce sont des choses sur lesquelles on pourra travailler par la suite. Mais là, le message fort, ça doit être un soutien. Car les opposants déroulent leur discours et nous, on semble hésiter. Ça nous fragilise.

A vous entendre, Le Centre aurait dû délivrer un message plus fort? Oui. C'est en tout cas ce que j'appelle de mes vœux. Une prise de position du parti au sens large, pas seulement quelques parlementaires fédéraux.

Sur les 40 pages que compte le retour de consultation du Centre, il n'y a pas un mot sur la nécessité ou non de soumettre ces accords à la double majorité du peuple et des cantons. Qu'en pensez-vous? Une majorité des cantons se sont prononcés pour la majorité simple. Et pour moi, d'un point de vue juridique, il n'y a pas de débat, c'est clair, il n'y a pas besoin de la double majorité. Je sais que certaines personnes la demandent, mais moi, j'y suis opposée.

Philipp Matthias Bregy a prévu de sonder le parti à la fin du processus parlementaire. A vous entendre, vous demandez la convocation d'une assemblée des délégués bien avant? Exactement. D'autres partis ont déjà

voté sur la question, donc je pense qu'on a la légitimité de faire la même chose. C'est une question de temps: on n'a pas deux ans! Quand je parle de compétitivité, je n'ai pas besoin de vous expliquer le contexte géopolitique incertain dans lequel on se trouve. Entre les droits de douane – contre lesquels des dirigeants d'entreprises genevoises se mobilisent à titre personnel – les attaques des JUSO sur la fiscalité, la Suisse à 10 millions... L'économie a besoin de réponses maintenant. On doit lui envoyer un message fort et rassurant: en Suisse, le cadre est stable et va le rester.

En sortant du bois ainsi, vous risquez de mettre les dissensions du parti sur la place publique. La politique, c'est aussi porter des convictions claires et ne pas se cacher. Les différences de sensibilités cantonales existent dans d'autres partis aussi. Et le débat est sain, autant qu'il se fasse, mais avec l'ensemble de ses représentants, les cantons, les élus cantonaux, les parlementaires fédéraux.

Vous pensez que l'assemblée des délégués votera pour ces accords? Les sondages nous montrent que la base du parti est largement favorable à ces accords. La position n'est pas forcément la même que celle du groupe parlementaire. C'est pour ça que je demande que l'on n'attende pas ces deux ans. L'attentisme ne résoudra rien. S'il y a des inquiétudes, il faut les dissiper. S'il y a des dissensions, il faut qu'elles soient traitées. Je suis convaincue que le président du parti saura le faire. Le parti est suffisamment fort. On doit débattre comme on sait le faire au sein du Centre. ■

INTERVIEW

Le Canton déploie tout un arsenal pour lutter contre la fraude électorale

Élections Information, prévention et contrôle: la chancelière Michèle Righetti-El Zayadi détaille les différentes mesures prévues pour sécuriser le scrutin du 30 novembre à Vernier. Des outils numériques pour vérifier les signatures sont à l'étude.

Marc Bretton

Recours, fraudes, élections à refaire? Ce n'est pas tout simple de veiller sur les opérations électorales genevoises. La chancelière Michèle Righetti-El Zayadi en sait quelque chose. Elle fait le point sur les défis en cours, à trois semaines d'une nouvelle élection communale à Vernier. Malgré les difficultés du moment, elle annonce que le vote électronique, abandonné en 2018, fera son grand retour dans le canton en 2027!

Michèle Righetti, à Vernier, les élections municipales ont été annulées. D'autres ont dû être organisées. Que faire pour éviter de nouvelles tentatives de manipulation du vote?

Nous travaillons sur trois axes, l'information, la prévention et le contrôle. Côté information, nous avons organisé une séance d'information avec les 37 candidats et une autre avec les habitants, qui n'a pas attiré beaucoup de monde, mais nous ne baissions pas les bras. D'autres séances sont d'ailleurs prévues le 12 et le 13 novembre.

Les informations portent sur les conditions du vote. Pour prévenir les comportements problématiques, nous rappelons qu'il s'agit d'un acte personnel. Il ne faut donc pas donner son matériel ou un duplicata à quiconque. Il ne faut pas accepter d'argent en échange d'un vote. La fraude, la captation de bulletins est interdite. Nous insistons sur le fait qu'il ne faut pas hésiter à signaler aux autorités, au Service des votations ou à la justice, directement, tout comportement qui choquerait, par exemple le ramassage de bulletins ou de matériel de vote.

Côté prévention, nous avons posé des affiches et émis un flyer à l'intention des citoyennes et citoyens de Vernier, mais aussi modifié les cartes et enveloppes en soulignant que le vote est personnel et que le matériel ne peut pas être transmis.

Côté contrôle, une équipe du Service des votations s'occupera spécifiquement de Vernier et la commission électorale centrale, composée d'experts et de représentants des partis, renforcera le contrôle sur le dépouillement et sera présente dans les quatre bureaux de vote de la commune le 30 novembre.

Nous travaillons enfin sur la détection des votes problématiques par des analyses statistiques. En résumé, nous faisons tout ce que nous pouvons pour sécuriser dans un délai rapide le vote de novembre, conformément aux injonctions de la justice, mais sans savoir encore vraiment ce qui s'est passé au printemps, puisque les enquêtes pénales sont encore en cours.

Le contrôle des signatures du vote par correspondance sera insuffisant. Que faire?

C'est un chantier ouvert et il nous faudra probablement une nouvelle base légale pour avancer sur ce terrain. Nous travaillons sur le



Michèle Righetti-El Zayadi évoque également le nombre de plus en plus accru de recours à Genève, qui attiserait la méfiance. Bastien Gallay

«Aujourd'hui, 90% des citoyens utilisent le vote par correspondance. Y renoncer, c'est prendre le risque de faire baisser la participation.»

Michèle Righetti-El Zayadi
Chancelière d'État du canton de Genève

Que répondre à ceux qui réclament un retour pur et simple à l'urne?

Que c'est impossible pour les votations fédérales ou les élections fédérales, puisque le vote par correspondance est prévu par la loi fédérale. On pourrait le supprimer pour les élections et les votations cantonales, si le Grand Conseil le souhaitait, mais ce ne serait pas très compréhensible pour la population de pouvoir utiliser le vote par correspondance pour certaines votations et pas d'autres. Enfin, le vote par correspondance a eu un impact fort sur la participation. Aujourd'hui, 90% des citoyens l'utilisent. Y renoncer, c'est prendre le risque de faire baisser la participation.

Quel impact a cette affaire sur les réflexions autour du vote électronique, moyen qui peut donner encore une autre dimension aux possibilités de fraude et de manipulation?

Comme la Confédération, nous sommes très favorables au vote

électronique, qui est très utile pour les personnes en situation de handicap ou les Suisses de l'étranger. Les autorités fédérales promeuvent une solution très sûre mise au point par La Poste. Quatre cantons l'utilisent et ils en sont satisfaits. Il n'a qu'un défaut: la procédure est compliquée, puisqu'il faut en garantir la sécurité. Genève travaille aussi sur le retour du vote électronique. Pour sécuriser les procédures, nous avons repoussé l'entrée en vigueur à 2027.

L'élection du Municipal doit être refaite à Vernier, mais celle du Conseil administratif est aussi attaquée.

Où en est-on?

Les échanges d'écritures se poursuivent entre le Conseil d'État, la Cour de justice qui avait validé l'élection, les recourants au Tribunal fédéral. Nous attendons l'arrêt.

Lors de la dernière élection partielle au Conseil d'État, un recours a aussi été déposé?

Un recours a été déposé pour invalider l'élection de M. Walder en lien avec une livraison jugée tardive du matériel électoral par La Poste. La Chancellerie a demandé des mesures superprovisionnelles pour pouvoir procéder tout de même à l'assermentation de M. Walder, qui a eu lieu la semaine passée. Reste à attendre le jugement sur les mesures provisionnelles et sur le fond. Sans préjuger de la décision, il est possible que ces recours conduisent, pour faciliter les opérations électorales, à allonger les délais entre les deux tours des élections, qui avaient été raccourcis à trois semaines il y a quelques années.

Les Genevois adorent les recours. Vous le constatez aussi?

Ah, les recours! Il faut souligner qu'ils font partie intégrante de l'État de droit. Mais on constate à Genève un certain emballement à ce sujet. Par exemple, 120 recours ont été déposés contre la votation fédérale sur l'identité électronique de septembre! Ils ont été transmis au Tribunal fédéral pour examen. Deux recours sont pendus pour la votation cantonale du 18 mai sur l'élection par le Grand Conseil des magistrats du pouvoir judiciaire non titulaires. Deux recours ont été déposés sur la votation cantonale de septembre, un sur les lois corsets et l'autre sur l'affichage.

Selon vous, que veulent dire ces recours?

Ils sont pour partie le symptôme d'une crise de confiance envers les institutions. Mais c'est paradoxalement aussi un phénomène qui alimente la méfiance. Les gens peuvent penser que s'il y a des recours, c'est qu'il y a des problèmes. La méfiance est évidemment accentuée quand la justice désavoue l'État, comme sur l'élection de Vernier, mais cela demeure plutôt l'exception.

Que dire de la multiplication des candidats aux élections, dont certains continuent au second tour sans aucune chance d'être élus? Est-ce un problème?

Le droit d'éligibilité est fondamental, il est inscrit dans la Constitution. Ce n'est pas tant un problème légal, mais éventuellement politique. Au parlement d'en juger. Certains cantons ont prévu un quorum, qui peut être de 3, 5 ou 8% pour pouvoir se présenter au second tour d'une élection.

Comment interpréter la faible participation des dernières votations?

Elle est multifactorielle. Y a-t-il eu une addition de phénomènes, une défiance du public ajoutée à l'abondance des sujets proposés? Les vacances scolaires? On sait que les élections mobilisent moins que les votations et que la participation aux votations est en moyenne un peu plus basse à Genève qu'au niveau suisse. La promotion des droits politiques reste une mission centrale de la Chancellerie d'État et on s'y engage pleinement.

La COP30, une vitrine à double tranchant

BRÉSIL La conférence sur le climat démarre officiellement aujourd’hui à Belém, aux portes de l’Amazonie. Au-delà de la réunion des chefs d’Etat et de gouvernement, 50 000 à 60 000 personnes sont attendues dans la capitale de l’Etat du Para, qui espère bien tirer profit de l’événement

JEAN-CLAUDE GEREZ, BELÉM

Les images d’aras et de jaguars colorent les murs de l’aéroport. Tout comme les fresques représentant le petit Curupira, ce personnage du folklore brésilien connu pour protéger la forêt et les animaux. Tout au long de la route qui rejoint le centre de la ville, d’immenses panneaux souhaitent la bienvenue aux visiteurs venus du monde entier, assurant que la ville de Belém est prête à recevoir la COP30. En termes de sécurité, les autorités n’ont pas lésiné sur les moyens pour accueillir la 30e conférence sur le climat de l’ONU, du 10 au 21 novembre. Les participants affronteront des enjeux majeurs alors que les Etats-Unis se sont retirés de l’Accord de Paris, qui fête ses 10 ans cette année, et que les dernières éditions ont été partiellement décevantes.

Devenue capitale du Brésil par une loi d’exception le temps de l’événement, Belém et son 1,4 million d’habitants sont en permanence silonnés par des chars et survolés par des hélicoptères de l’armée et des drones. Au total, 10 000 agents ont été mobilisés, dont 8 000 militaires à qui l’Etat a attribué les mêmes pouvoirs que ceux de la police. Des forces de l’ordre qui déambulent également dans les lieux touristiques de la ville.

REPORTAGE

Comme sur le marché Ver-o-Peso, sur les berges de la baie Guajara. Vieux de quatre siècles, le site, classé monument historique en 1977, comprend une place où les producteurs d’acai – du nom du fruit ressemblant à une grosse myrtille, base de l’alimentation régionale – déchargent leurs paniers dès le milieu de la nuit. Tout près, une halle propose d’innombrables espèces de poissons de l’Amazonie, dont certaines dépassent largement 1,5 mètre et 80 kg. A l’extérieur, près des étals regorgeant de fruits de la forêt, sont proposés des talismans et des amulettes ainsi que de petites fioles remplies d’elixirs censés attirer la fortune ou le retour de l’amour perdu.

Investissements massifs et logements inabordables

«Nous avons engagé des travaux à hauteur de 63 millions de reais (9,5 millions de francs) pour réhabiliter ce marché, assure Igor Normando, le maire. C’est le cas aussi pour d’autres sites touristiques. Nous espérons que les médias du monde entier, présents lors de la COP30, aideront à promouvoir les beautés de notre ville.» Et, accessoirement, dissiper le scepticisme initial sur la désignation de la capitale de l’Etat du Para pour accueillir la COP30.



De grands bateaux de croisière amarrés au port d’Outeiro servent d’hébergement aux délégations participant à la COP30. (BELÉM, 6 NOVEMBRE 2025/CARLOS FABAL/AFP)

Car le choix de Belém, le 26 mai 2023, avait suscité la controverse, notamment en raison de ses infrastructures limitées. La ville a donc été obligée, avec l’aide substantielle de l’Etat fédéral, d’investir au total – en plus des sites touristiques – près de 680 millions de francs dans une trentaine de chantiers importants, notamment pour améliorer l’assainissement et la mobilité. Sans oublier les installations du Parc de la Cité où se dérouleront la plupart des débats officiels.

Avec quelques soucis cependant. Les prix exorbitants de l’hébergement ont compliqué la venue de nombreuses délégations, notamment des nations les plus pauvres. La crise n’a été atténuée qu’après une série de mesures du gouvernement fédéral, l’appel à l’ONU pour augmenter les fonds alloués aux pays les moins développés et le soutien des banques de développement et d’organismes philanthropiques. Mais les organisateurs ont eu chaud car le quorum minimal pour légitimer les décisions

des COP est de deux tiers des signataires, soit 132 parties. A Belém, cet indice a été atteint il y a moins d’un mois.

«Nous espérons que les médias du monde entier aideront à promouvoir les beautés de notre ville»

IGOR NORMANDO, MAIRE DE BELÉM

«La tenue de la COP30 en Amazonie était une promesse du président Lula lors de la COP27, rappelle le politologue, Marcio Ponte. Dans l’esprit du président, poursuit-il, accueillir pour la première fois cet événement au cœur de la plus grande forêt tropicale de la planète était une manière

de placer le pays au centre du débat sur le changement climatique. Il s’agissait aussi de chercher des opportunités de financement international notamment pour le développement de la bioéconomie, et de favoriser les affaires dans la région.»

D’où l’inauguration, début octobre dans le centre de la ville, d’un «Parc de la bioéconomie et de l’innovation amazonienne», présenté par les autorités comme une sorte de «Silicon Valley axée sur la forêt et la biodiversité» et destiné à encourager les investissements. «La COP30 est une formidable vitrine pour promouvoir la bioéconomie et attirer des investisseurs dans la région», admet Camille Bemerguy, du Secrétariat pour l’environnement et le développement durable de l’Etat du Para.

En marge des débats officiels et du business, Belém va également accueillir, du 12 au 16 novembre, le Sommet des peuples pour la justice climatique. L’événement regroupera des centaines d’orga-

nisations de la société civile venues des cinq continents, inquiètes de la frilosité face au financement de la lutte contre le changement climatique. Notamment en ce qui concerne la contribution des pays riches, les plus pollueurs.

Donald Trump sur un hamac

Le sérieux des organisations n’exclut cependant pas un peu d’humour, fut-il grinçant. A l’image de ces militants de l’ONG Oxfam, portant des têtes géantes reproduisant celle des dirigeants mondiaux, notamment Lula, Donald Trump ou Emmanuel Macron, qui se prélassent sur des hamacs. Une mise en scène destinée à fustiger «l’indolence coupable des dirigeants mondiaux face à l’urgence climatique», selon les protagonistes. Qui rappellent qu’à plus ou moins long terme, l’inaction climatique pourrait anéantir tous les efforts déployés pour promouvoir l’attractivité de l’Amazonie comme destination touristique. ■

Unternehmerbesuch bei Trump empört die Politik

Der amerikanische Präsident erwartet von der Schweiz weitreichende aussenpolitische Zugeständnisse

CHRISTINA NEUHAUS

Was genau haben die schwerreichen Schweizer Unternehmer, die vergangene Woche das Weisse Haus besuchten, dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump versprochen? Weihrauch, Gold, Myrrhe und einen Kolonialvertrag? Fordert Trump im Gegenzug für tiefere Zölle, dass die Schweiz schärfere Regeln für die wirtschaftlichen Beziehungen mit China aufstellt?

Der Besuch in Washington hat am Wochenende Kritik ausgelöst. Der «Sonntags-Blick» titelte: «In der Politik schlägt die Stunde der grossen Tiere». Die «Sonntags-Zeitung» kommentierte: «Die Schweiz als Trumps Hilfspolizist».

Politiker im linken wie im rechten Spektrum reagieren empört. Der Zürcher FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann spricht von «Cowboy-Weltpolitik». Der SP-Co-Präsident Cédric Wermuth sagt, die Intransparenz der ganzen Verhandlungen sei nicht mehr tragbar, und der Luzerner SVP-Nationalrat Franz Grüter gibt zu Protokoll, er wäre «sicher dagegen», wenn die Schweiz das amerikanische Regime für Exportkontrollen und Sanktionen «vollständig übernehmen müsste», nur um im Gegenzug tiefere Zölle zu erhalten. Sogar Monika Rühl, die Direktorin des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse, lässt sich zu einem besorgten Kommentar hinreissen. Sie findet es «ein No-Go», wenn die Schweiz die amerikanischen Sanktionen automatisch übernehme.

Hintergrund der kollektiven Empörung ist, dass Donald Trump gegenüber den Schweizer Wirtschaftsvertretern offenbar durchblicken liess, dass er sich im Gegenzug für tiefere Zölle eine stark auf die USA ausgerichtete Schweizer Aussen- und Handelspolitik wünsche. Länder wie Kambodscha oder Malaysia haben ihm kürzlich zugesichert, die amerikanischen Exportvorgaben und Sanktionen gegen China weitgehend zu übernehmen.

Pragmatiker am Drücker

Doch weder das federführende Schweizer Wirtschaftsdepartement noch die an der Handelsdiplomatie beteiligten Unternehmer haben die Absicht, ihre Handelspolitik faktisch an Washington auszurichten. Alfred Gantner, der Vertreter der Partners Group, engagiert sich in der Schweiz gegen einen «Anbindungsvertrag» mit der EU. Weshalb sollte er sich für einen Vertrag mit den USA starkmachen, der tief in die Schweizer Handels- und Aussenpolitik eingriffe?

Was die USA von der Schweiz genau fordern, ist offen. Doch Trump hat klar gemacht, dass nun wieder die Politik am Zug ist. Er hat sich mit den Wirtschaftsvertretern getroffen, die Magistraten überlässt er seinem Handelsbeauftragten Jamieson Greer. Die Erleichterung in Bern über diese Entscheidung ist gross: Die Unternehmer haben eine Tür zu Trump aufgestossen und ihn mit kon-

kreten Investitionsversprechen milde gestimmt. Indem Trump Greer in seiner Mitteilung auf Truth Social namentlich nannte, machte er auch klar, dass der stets kritische Handelsminister Howard Lutnick und Finanzminister Scott Bassett nun ihrem Kollegen das Feld überlassen. Die Federführung hat Greer, und damit ist klar, dass sein Partner auf Schweizer Seite Guy Parmelin ist.

Für die Schweiz ist das eine gute Entwicklung. Greer und Parmelin sind zwei Pragmatiker, die bisher nie damit aufgefallen waren, die Grenzen der Demokratie in Richtung Willkür zu verschieben. Für Bern ist eine rechtlich bindende Verpflichtung gegenüber den USA inakzeptabel. Der Bundesrat kann seinen amerikanischen Partnern höchstens versichern, dass man ihre Anliegen künftig «wohlwollend prüfen» werde – was ohnehin gängige Praxis ist.

Einigung noch vor dem WEF?

Die Empörung in der Politik ist vorschnell, aber verständlich. Dass sich Schweizer Unternehmer im Oval Office mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, dessen Sohn, einem hochkarätigen Lobbyisten und dem amerikanischen Handelsminister trafen, ohne dass ein einziges Mitglied der Schweizer Landesregierung dabei gewesen wäre, ist zumindest erklärungsbedürftig.

Tatsache ist, dass der amerikanische Präsident Handelspolitik offen als Machtinstrument einsetzt. Die Schweizer Diplomatie war blockiert, das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten weitgehend machtlos, deshalb schalteten sich die Schweizer Unternehmer mit ihren exzellenten Kontakten ein.

Die ökonomischen Interessen sind zur aussenpolitischen Realität geworden. Der Besuch der Unternehmer in Washington hat diese unangenehme Wahrheit nun offengelegt. Sie haben Trump nicht nur konkrete Vorschläge zur Reduzierung des Handelsbilanzdefizits mitgebracht, sondern auch eine teure Rolex und einen Goldbarren mit gravierter Widmung. Kein Wunder, reagiert die Politik alarmiert. In Guy Parmelins Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung betont man allerdings, dass Bern sowohl vor als auch nach dem Besuch in Washington in alle Entscheidungen einzbezogen gewesen sei.

Noch ist offen, was der Besuch in Washington gebracht hat. In den betroffenen Branchen hofft man auf einen Deal bis spätestens zum World Economic Forum (WEF) Anfang Januar in Davos. Wahrscheinlicher ist aber eine gemeinsame Absichtserklärung, wie sie die USA und die EU unterzeichnet haben. Sie könnte immerhin dazu führen, dass die Zölle bereits vor einer definitiven Einigung sinken. Gleichzeitig liesse sie die Frage, wie weit die Schweiz den Forderungen aus Washington tatsächlich entgegenkommen will, erst einmal unbeantwortet. Noch gelten 39 Prozent.

Brüssel ruft: Die Schweiz verstärkt

Parlamentarier fordern eine eigene Vertretung in der EU-Hauptstadt. Sie möchten auf dem Laufenden sein, was an neuen Gesetzen auf sie zukommt. Brüssel wird auch für Schweizer Lobbyisten zu einer Job-Maschine.

Remo Hess, Brüssel

Wenn die belgische Hauptstadt Brüssel das Zentrum der Europäischen Union ist, dann ist der Round Point Schuman das Herz dieses Zentrums.

Das Quartier rund um den Kreisel ist der Kraftort, von dem aus die Europäische Union bewegt wird: Hier liegt die Schaltzentrale von EU-Chefin Ursula von der Leyen. Hier stehen die zahlreichen Botschaften aller Herren Länder. Tagtäglich streifen zehntausende Diplomaten und EU-Beamte durchs Viertel mit seinen Glaspalästen. Mindestens so viele Lobbyisten und Berater folgen ihnen auf den Fersen. Es ist ein Politik-Gewusel, das man so ähnlich wohl nur in Washington oder im internationalen Genf erlebt.

Nur etwas hört man im allgemeinen Durcheinander selten: Schweizer-deutsch. Eidgenossinnen und Eidgenossen sind im politischen Brüssel der Gegenwart eine Rarität. Aber das darf sich bald ändern.

Das Recht, sich als Schweizer Gehör zu verschaffen

Der Grund ist die dynamische Übernahme von EU-Recht. Sie ist der Kern der neuen Abkommen mit der EU. Stimmt die Schweizer Bevölkerung den neuen Verträgen zu, kommt es zum Paradigmenwechsel. Die Schweiz vollzieht EU-Recht nicht mehr wie heute «autonom» nach. Sondern der Mechanismus wird umgekehrt. Ein Teil der Schweizer Gesetze wird also ganz offiziell nicht mehr in Bern, sondern in Brüssel gemacht. Es ist eine institutionelle Machtverschiebung in die EU-Hauptstadt. An diesem Punkt setzt auch die Hauptkritik der EU-Gegner wie der SVP an.

Aber auch andere Schweizer Akteure fragen sich, was das für die direkte Demokratie bedeutet. Bereits vor einem Jahr forderte der Demokratie-Aktivist Daniel Graf im Interview mit dieser Zeitung, dass man der Machtverschiebung folgen müsse: «Sobald die dynamische Rechtsübernahme in Kraft ist, müssen Verbände und Organisationen in Brüssel vertreten sein», so Graf. Aber Lobbying in Brüssel kostet Geld. Deshalb fordert Graf einen «Ressourcenausgleich», damit «künftig möglichst viele Schweizer Organi-

sationen auf europäischer Ebene präsent sein können.»

Dass die neuen Abkommen ein wesentlicher Integrationsschritt sind, ist unbestritten. Auf institutioneller Ebene sehen die Verträge deshalb das so genannte «Decision Shaping» vor, was sich wörtlich mit «Entscheidgestaltung», singgemäß mit Entscheidfindung übersetzen lässt.

Das heisst, dass Schweizer Experten künftig bei der Entwicklung von neuen Gesetzen in Brüssel zwar nicht mitbestimmen, aber mitwirken dürfen. Sie können das Wort ergreifen, Mitberichte verfassen und der Schweizer Position Nachdruck verleihen. Das heisst: Es kommt viel Arbeit auf die Diplomaten zu. Aus dem Erläuternden Bericht des Bundesrates zu den neuen Abkommen geht hervor, dass die Schweizer Vertretung in Brüssel deshalb personell gestärkt werden soll.

Das Bundesparlament soll eigene Vertretung erhalten

Aber auch die Legislative, also das Schweizer Parlament, hat Brüssel für sich entdeckt. Die Mitte-Partei hält in ihrer Vernehmlassung Antwort auf das EU-Paket explizit fest, dass sie eine ständige Vertretung des Parlaments vor Ort wünscht. Alle anderen Parteien ausser der SVP sehen das gleich. Nach dem Motto: Wenn wir Parlamentarier schon einen Teil unserer Gesetzgebungscompetenz an Brüssel abgeben, möchten wir wenigstens wissen, was da genau vor sich geht – und gegebenenfalls Einfluss nehmen. Der Bundesrat unterstützt die Idee.

Wird in Brüssel an der EU-Hauptzentrale also bald eine Dependance des Bundeshauses eröffnet?

Das dann doch nicht. Aber an der Schweizer Mission bei der EU – am Place de Luxembourg, gleich neben dem EU-Parlament und nur ein paar Minuten von Schuman-Kreisel entfernt – ist bereits heute ein Vertreter der Kantone untergebracht. Er arbeitet Seite an Seite mit den 42 Schweizer Diplomatinnen und Diplomaten sowie 15 Detachierten aus den bundesrätlichen Departementen. Gleichwohl ist er unabhängig von der Missions-Chefin, Botschafterin Rita Adam, und ist direkt der Konferenz der Kantsone unterstellt.

Dereinst könnte auch das Parlament über eine solche Vertretung verfügen. Sie würde nicht von Bundesrat Ignazio Cassis' Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA), sondern von den Parlamentsdiensten entsandt. Ihr wichtigste Aufgabe wäre es, frühzeitig die für die Schweiz relevanten Gesetzesvorhaben zu erkennen und dem Parlament unabhängige Informationen bereitzustellen. Von einer «vertrauensbildenden Massnahme» spricht Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter.

Für dieses Vorgehen gibt es bereits ein Vorbild: Wie künftig die Schweiz übernehmen auch die EWR-Länder Norwegen, Island und Liechtenstein das EU-Recht dynamisch. Für allzu grosse Probleme hat das bislang nicht gesorgt. Es gab jedenfalls noch nie ein EU-Gesetz, welches die EWR-Staaten

nicht übernehmen konnten – oder übernehmen wollten. Mit entscheidend dafür ist das effiziente «Decision Shaping», dass die EWR-Mitglieder schon seit Jahren, und meist gemeinsam treiben.

«Team Norwegen» arbeitet in Brüssel Hand in Hand

Allgemein könnte die Schweiz vom EWR-Land Norwegen noch eniges lernen, wie man sich auch als Nicht-EU-Land trittsicher durchs Polit-Ökosystem bewegt.

Zurück zum Round Point Schuman, dem Brüsseler Gravitationszentrum: Dort steht, in Sichtweite des Büros von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, das «Norway House». Dort ist nicht nur die EU-Botschaft des Landes untergebracht, sondern auch Vertreter der grossen Energieunter-

nehmen, der Telekom-Branche, der Verteidigungsindustrie, Gewerkschaf-ten oder der norwegischen Regionen. Von einem «Team Norwegen» ist die Rede. Das heisst: Norwegens Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft arbeiten in Brüssel möglichst Hand in Hand.

Voneinem solchen Gemeinschafts-Effort ist die Schweiz noch weit ent-fert.

«Abgesehen von der diplomatischen Vertretung ist die Schweiz in Brüssel weitgehend abwesend», beschreibt es Jean Russotto. Er muss es wissen: der aus Montreux stammende Schweizer Anwalt ist seit 1972 in Brüssel beruflich tätig und kennt die EU-Blase wie kaum ein anderer. Er hatte unter anderem Mandate der Bankiervereinigung inne und ist auch mit seinen 85 Jahren noch immer aktiv. Erst diese Woche organisierte er eine Kon-

So schön ist Brüssel für Touristen (und Beamte)

5 Tipps von Remo Hess

1 Die Klassiker

Abseits des EU-Trubels hat die belgische Hauptstadt viel zu bieten. Zuallererst natürlich die Klassiker: die zum Weltkulturerbe gehörende Grand-Place mit den goldverzierten Zunfthäusern und der gotische Rathaus-Monumentalbau von Anfang des 15. Jahrhunderts. Das rieselnde Stadtmaskottchen Manneken Pis, das Atomium als belgische Antwort auf den Eiffelturm und der Königspalast sind ebenfalls ein Must-see. Geheimtipp: Streifen Sie zur später Stunde durch die Altstadt, wenn die Touristen im Bett sind. Dann stellt sich sofort der Mittelalterflair ein.

2 Fritten-Essen wie Merkel

Bier, Waffeln und Schokolade. In Brüssel kann man problemlos ein Wochenende lang durchessen und -trinken. Das Highlight sind aber die zweimal im Rinderfett frittierten Fritten. Dabei hat jeder und jede seine Frittenbude. Bekanntheit erlangte das Maison Antoine am Place Jourdan: Bei einem langweiligen EU-Gipfel schaute die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel 2016 plötzlich rein. Der Legende nach betrug die Rechnung 49.20 Euro, und Merkel sagte: «50 stimmt!». 80 Cent Trinkgeld von der reichsten Frau Europas? Die Belgier haben's nicht vergessen.

3 Stadt der 1000 Museen

Bier-Museum, Comic-Museum, Jacques-Brel-Museum oder die europaweit grösste Sammlung an Dinosaurier-Skeletten: Brüssel ist die Stadt der Museen. Herausragend sind aber das Magritte-Museum oder die ständige Ausstellung über die flämischen Altmeister wie Bruegel, Rubens und Van Dyck im Königlichen Museum. Für Schweizer Zug-Begeisterte gibt es sonst auch das «Train-World»-Museum in Schaerbeek. Aktuelle Ausstellung: Zwischen Kollaboration und Widerstand. Die belgische Staatsbahn zur Zeit der deutschen Besatzung.

4 Bazar

Super flanieren lässt es sich in den Marollen, dem ehemaligen Arbeiterviertel unterhalb des monstrosen Justizpalasts, der den aufmüpfigen Bewohnern vor die Nase gesetzt wurde. Neben den vielen Galerien und Brockenhäusern findet auf dem Place Jeu de Balle jeden Tag ein Flohmarkt statt. Einen richtigen Basar hingegen gibt es jeden Sonntag von 7 bis 14 Uhr am Gare de Midi. Arabische Marktschreier bieten von Waschmaschinen über Kleider bis zu allen denkbaren Lebensmitteln alles Mögliche an. Ein Erlebnis!



Markt ihre Präsenz



Hier wird EU-Politik gemacht: ein Schweizer in Berner Tracht vor dem Berlaymont-Hauptgebäude der EU-Kommission in Brüssel.

Bild: Keystone

ferenz zu den Bilateralen mit Teilnahme von Bundesrat Martin Pfister an der Uni in Genf.

Economiesuisse will Präsenz mit den neuen Abkommen ausbauen

Sucht man nach Schweizer Wirtschaftsvertretern und Interessengruppen in Brüssel, lassen sie sich tatsächlich an zwei Händen abzählen. Die Banken sind mit dem «Swiss Finance Council» präsent. Die Grossen wie Nestlé, Roche oder Novartis haben eigene, im Lobby-Register eingetragene Leute. Aber diese beackern für ihre internationalen Unternehmen vor allem europäische Themen. Die Präsenz der Gewerkschaften beschränkt sich auf die gelegentliche Mitarbeit im europäischen Gewerkschaftsbund «Etuc», und als einziger Schweizer Wirtschaftsverband ist Economiesuisse mit einem

zwar erfahrenen, aber einsamen Vertreter hier.

Francois Baur, der Economiesuisse-Mann in Brüssel, sagt, er sei nicht allein. Seine Verbands-Experten würden regelmässig aus der Schweiz anreisen und seien in den Fachverbänden wie dem europäischen Maschinenverband «Orgalim» sehr aktiv. So könne man sich effizient an der Diskussion zu EU-Rechtsvorschlägen einbringen.

Mit Blick auf das EU-Paket räumt Baur aberein: «Es ist klar, dass eine Verstärkung unserer Arbeit in Brüssel wichtig ist.» Anders ausgedrückt: Der Wirtschaftsdachverband wird seine Präsenz aufstocken.

Andere sprechen von einem tiefer liegen «Mentalitätsproblem». In der Schweiz meine man, es grundsätzlich besser zu wissen und es es folglich ausreiche, die EU-Maschine in Brüssel von

zu Hause aus zu bespielen. Insider halten das für einen Irrtum: Ein persönliches Netzwerk vor Ort sei gerade für die Schweiz besonders wichtig, weil sie ja nicht Mitglied der EU sei, sagt ein Brüsseler Gesprächspartner, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will.

Ein «House of Switzerland» samt Raclette-Stübli?

Dabei war es auch schon anders. Anwalt Russotto erinnert sich, dass Ende der 1980er Jahre praktisch jedes grössere Schweizer Unternehmen in Brüssel war. Sogar die SBB hatten ihr eigenes Büro.

Grund dafür war der damalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors. 1986 lancierte der Franzose das damals bahnbrechende Projekt der Bildung eines gemeinsamen EU-Binnenmarktes. Russotto: «Die Schweiz sah sich davon bedroht und hatte Angst, aussen vor gelassen zu werden.» In Vorbereitung auf den EWR sei man damals nicht umhin gekommen, die Entwicklungen in der EU aus nächster Nähe zu begleiten und investierte in den Standort Brüssel.

Als die Schweizer Bevölkerung 1992 den EWR-Beitritt knapp ablehnte, hielten die Firmen zunächst an ihrer Präsenz fest. Das änderte sich erst, als die Bilateralen I und II unter Dach und Fach waren. Kontinuierlich seien die Leute von da an aus Brüssel zurück beordert worden – bis kaum mehr jemand übrig war. Russotto erwartet, dass sich die Situation mit dem neuen Vertragspaket ändern wird: «In dieser neuen Welt braucht man wieder Antennen in Brüssel», so der Schweizer EU-Veteran.

Nebst Russotto gehört «Swiss Core» zu den wenigen Schweizer Konsorten in Brüssel. Das Verbindungsbüro für den Forschungs-, Innovations- und Bildungssektor wurde im Jahr 1995, also kurz nach dem EWR-Nein, eingerichtet und feiert dieses Jahr sein 30-jähriges Bestehen. Acht vornehmlich junge Leute arbeiten bei der vom Bildungsdepartement, dem Nationalfonds und der Schweizerischen Innovationsagentur getragenen Kontaktstelle. Sie vernetzen sich mit anderen Forschungsorganisationen, verfolgen die EU-Rechtssetzung und rütteln die Werbetrommel für den Bildungspunkt Schweiz.

Büroleiter Laurin Reding findet, die Schweiz habe eine kleine, aber feine Gemeinschaft in Brüssel. Etwas mehr Sichtbarkeit wäre aber nicht falsch. Er sagt: «Ich fände die Idee eines House of Switzerland ähnlich wie dem House of Norway grossartig. Man könnte sogar ein Raclette-Stübli im Erdgeschoss einrichten. Das wäre garantiert ein grosser Erfolg.»

5 Das Olten Europas

Das Gute an Brüssel ist: Wenn es nötig ist, ist man schnell wieder weg. London, Amsterdam, Paris oder die Karnevals-Stadt Köln sind mit dem Zug allesamt in unter zwei Stunden zu erreichen. Perfekt für einen Tagesausflug. Insofern ist Brüssel mit seiner strategisch zentralen Lage das Olten von Europa. Und falls es statt zwei nur eine Stunde sein soll, empfiehlt sich ein Ausflug in die Mittelalter-Stadt Brügge (am besten über Nacht bleiben), Gent oder zum Moules-frites-Essen nach Ostende an die Küste.



Quand la classe sociale s'invite au travail

INTÉGRATION Les personnes qui viennent de milieux précaires se sentent moins incluses que leurs collègues plus favorisés, selon une étude du Boston Consulting Group menée dans de grandes entreprises à travers le monde. Décryptage

JULIE EIGENMANN

Les personnes ayant grandi dans des conditions financières «difficiles» se sentent jusqu'à 20% moins incluses que leurs collègues issus de milieux plus aisés: c'est ce que révèle une analyse publiée jeudi. Dans l'ensemble des pays étudiés, cet écart varie entre 10 et 21%.

L'étude a été réalisée par le cabinet international de conseil en stratégie Boston Consulting Group (BCG) durant l'été 2024 dans 16 pays, dont l'Australie, la Chine, le Danemark, la France, l'Allemagne, l'Inde ou encore les Etats-Unis. Environ 27 000 salariés, appartenant à des entreprises d'au moins 1000 collaborateurs et collaboratrices dans différents secteurs ont été sondés. Au niveau des limites méthodologiques, il faut souligner également que l'enquête repose sur l'autodéclaration, y compris lorsque la personne se dit «financièrement avantagée ou désavantagée».

«Beaucoup de personnes se voient comme transfuges de

classe et se disent d'origine populaire, mais quand on creuse ils sont en réalité fils ou fille de médecin par exemple», prévient à cet égard Pierre-Emmanuel Sorignet, sociologue à l'Université de Lausanne.

Dans le détail, l'enquête montre que les employés issus de milieux défavorisés sont 38% moins susceptibles de bénéficier de réseaux personnels et professionnels et 24% moins à même de se sentir à l'aise pour prendre des risques, par rapport à leurs pairs aux origines plus aisées. En outre, seuls 20% d'entre eux ont déclaré pouvoir être eux-mêmes au travail, contre 43% de ceux issus de milieux favorisés financièrement.

Pas d'amélioration avec le temps

«Ce sentiment de ne pas être pleinement intégré dans l'entreprise peut venir du manque de réseau mais aussi de connaissance des codes, comme la façon dont on échange dans certaines circonstances. C'est pourtant très naturel si on a grandi avec une mère qui siège dans un conseil d'administration et invite régulièrement des collègues à manger», image Sebastian Ullrich, partenaire chez BCG et coauteur de l'étude. Car la question de la profession des parents et celle des moyens financiers sont évidemment souvent corrélées.

D'autres groupes habituellement moins représentés à un certain niveau hiérarchique de l'entreprise, comme les femmes ou les minorités ethniques ou raciales, ressentent en général un sentiment d'inclusion croissant à mesure qu'ils progressent dans leur carrière, indique l'étude. Mais ce n'est pas le cas pour les personnes issues de milieux défavorisés. Pourquoi? «Certaines contraintes financières peuvent se poursuivre, avec par exemple une employée dont le salaire sert à payer aussi le loyer de sa famille

et qui aura l'impression de vivre une réalité très différente de sa collègue fille de directeur, illustre Sebastian Ullrich. La question financière est souvent moins présente avec les années, mais il y a toujours ce sentiment qu'appliquer certains codes représente un effort là où c'est naturel pour d'autres, et que cela correspond à un jeu que ces personnes n'ont pas forcément envie de jouer.»

Et ce sentiment se traduit aussi en termes de représentativité: seuls 6% des cadres proviennent de milieux à faibles revenus, selon l'étude de BCG.

«Ce sentiment de ne pas être pleinement intégré peut venir du manque de réseau mais aussi de connaissance des codes»

SEBASTIAN ULLRICH, PARTENAIRE CHEZ BOSTON CONSULTING GROUP

«Plus on monte dans la hiérarchie, plus on est renvoyé à l'appartenance de classe et plus existe un certain entre-soi, atteste Pierre-Emmanuel Sorignet. Tout dépend cependant des secteurs: ce sera sans doute plus simple de faire carrière dans l'automobile avec des origines modestes que dans le luxe, qui représente un club plus select.» Il souligne cependant que les grandes organisations peuvent aussi être des moteurs de mobilité sociale, avec une façon de présenter son parcours qui peut précisément aider à se valoriser dans ces structures.

Pour BCG, il existe diverses façons d'être plus inclusifs à l'égard de ces profils, notamment en valorisant – de façon subtile – ces collaborateurs qui ont su faire preuve de résilience. Sebastian Ullrich appelle aussi, lui-même ayant une trajectoire moins conventionnelle, à oser parler de son origine sociale. «Il faut aussi que les grandes entreprises évitent les jugements hâtifs au moment du recrutement, préconise-t-il. Par exemple, quelqu'un qui n'a pas étudié à l'international n'a peut-être tout simplement pas eu les moyens de le faire.» ■

«Plus on monte dans la hiérarchie, plus on est renvoyé à l'appartenance de classe et plus existe un certain entre-soi»

PIERRE-EMMANUEL SORIGNET, SOCIOLOGUE À L'UNIVERSITÉ DE LAUSANNE